

# Jahresbericht 2010

Internationale Zusammenarbeit der Schweiz



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Direktion für Entwicklung  
und Zusammenarbeit DEZA

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

## Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)

Die DEZA gehört zum Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA). Sie ist die Agentur für die internationale Zusammenarbeit. Die wichtigsten Aktivitäten teilen sich folgendermassen auf:

Die **Regionale Zusammenarbeit** unterstützt in Schwerpunktländern sowie in ausgewählten Konfliktländern und -regionen die eigenen Anstrengungen von Menschen und Organisationen, die Armuts- und Entwicklungsprobleme zu überwinden.

Im Rahmen der **Globalen Zusammenarbeit** beteiligt sich die Schweiz an der Finanzierung der UNO-Organisationen, der internationalen Finanzierungsinstitutionen (Weltbank, Regionalbanken) und globaler Fonds und wirkt in deren Leitungsorganen mit. Die Schweiz leistet gezielte Beiträge, um die grenzüberschreitenden Risiken wie Klimawandel, Ernährungsunsicherheit, Wasserknappheit oder Migration zu bewältigen.

Die **Humanitäre Hilfe** des Bundes mit dem Schweizerischen Korps für Humanitäre Hilfe (SKH) rettet Leben und lindert Leiden durch Nothilfe und Wiederaufbau nach Naturkatastrophen und in Konfliktgebieten. Sie unterstützt Präventionsmassnahmen und setzt sich insbesondere für die Opfer von Krisen und Konflikten ein.

Die **Zusammenarbeit mit Osteuropa** unterstützt politische und wirtschaftliche Reformprozesse im Westbalkan sowie in Ländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) und setzt den Erweiterungsbeitrag an die neuen EU-Länder um.

Die DEZA beschäftigt im In- und Ausland rund 1500 Personen, einschliesslich der Lokalangestellten. Die eingesetzten Mittel betragen 2010 1.51 Milliarden Franken. Direktor der DEZA ist Botschafter Martin Dahinden.

## Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO)

Das SECO gehört zum Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement (EVD). Der Bereich **Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des SECO setzt die wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen zugunsten der Entwicklungs- und Transitionsländer um.**

Die Hauptziele des SECO sind die Einbindung der Partnerländer in die Weltwirtschaft und die Förderung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums zur Verminderung der Armut. Es ist zuständig für die Koordination der Beziehungen der Schweiz zur Weltbankgruppe und zu den regionalen Entwicklungsbanken. Die Prioritäten liegen auf der Förderung stabiler wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der Diversifizierung des Handels, der Mobilisierung von in- und ausländischen Investitionen sowie der Verbesserung der Basisinfrastruktur.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt bei Energie-, Umwelt- und Klimafragen sowie bei der wirtschaftlichen Gouvernanz. Das SECO wird seit Frühling 2011 von Staatssekretärin Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch geleitet. Der Bereich Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des SECO beschäftigt siebzig Personen und investierte 2010 238 Millionen Franken. Geleitet wird der Bereich von Botschafterin Beatrice Maser Mallor. |

<b>Entwicklungspolitischer Kontext</b> .....	4
<b>Schwerpunktländer und -regionen von DEZA und SECO 2010</b> .....	6
<b>Bilaterale Zusammenarbeit und Humanitäre Hilfe – Resultate 2010</b> .....	9
– Afrika, inklusive Mittelmeerländer .....	11
– Asien .....	16
– Lateinamerika .....	21
– Osteuropa und GUS .....	26
<b>Multilaterale Zusammenarbeit</b> .....	31
<b>Globale Themen – Resultate 2010</b> .....	34
– Klimawandel .....	34
– Ernährungssicherheit .....	35
– Migration .....	35
– Wasser .....	36
– Wirtschaftliche Gouvernanz .....	36
<b>Partnerschaften und Organisation</b> .....	38
<b>Beilage: Statistik 2010</b> .....	39

**D**ie DEZA und das SECO haben ihre Bemühungen in den letzten Jahren verstärkt, um der schweizerischen Öffentlichkeit systematischer und vollständiger Rechenschaft über die Wirkung der öffentlichen Ausgaben zugunsten der Entwicklungszusammenarbeit abzulegen. Diese Anstrengungen tragen heute Früchte, was sich auch in verschiedenen Publikationen widerspiegelt: im Jahresbericht DEZA/SECO 2009 und in der vorliegenden Ausgabe 2010, im Wirkungsbericht der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit im Landwirtschaftssektor 2010 sowie im Jahresbericht über die Wirksamkeit der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit 2009. Diese Berichte erlauben der Schweiz zudem, sich international zu positionieren, namentlich an der nächsten Weltkonferenz zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit, die im Dezember 2011 in Südkorea stattfindet.

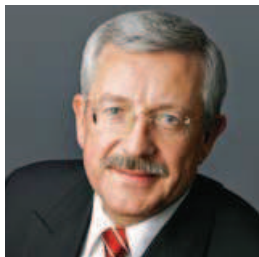
Auch in Zukunft wird auf ein wirkungsorientiertes Management gesetzt: In der Botschaft 2013–2016, die dem Parlament 2012 unterbreitet wird, werden die Ergebnisse der vorangehenden Botschaft erwähnt und die für 2016 erwarteten Ergebnisse festgelegt. Nähe zum Feld, Flexibilität, komplementärer Ansatz zwischen bilateraler und multilateraler Hilfe, Bereitstellung von nationalem Know-how sind nur einige der Kernkompetenzen der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit, die ebenfalls zu einer grösseren Wirksamkeit der Hilfe beitragen.

Weder die Entwicklungszusammenarbeit noch die Humanitäre Hilfe des Bundes erheben den Anspruch, die Herausforderungen der Entwicklungs- und Transitionsländer im Alleingang lösen zu können. Heute wird eine immer stärkere Diversifizierung der Finanzflüsse in die begünstigten Länder beobachtet. Die Entwicklungszusammenarbeit wird durch private Direktinvestitionen, Beiträge von neuen Akteuren (Schwellenländer, private Stiftungen usw.) oder den Geldüberweisungen der Migrantinnen und Migranten in ihre Herkunftsländer ergänzt. Die Entwicklungszusammenarbeit muss also eine Vermittlungsrolle übernehmen, damit die begünstigten Länder nicht nur ihre makroökonomischen Indikatoren verbessern, sondern ebenfalls eine gerechtere Verteilung des Wachstums fördern und so einen Beitrag zur Armutsbekämpfung leisten.

Die Schweiz hat als stark globalisiertes Land seit langem ein Interesse daran, dass es der Welt gut geht. Und heute mehr denn je. Denn die globalen Herausforderungen wie Klimawandel, wirtschaftliche Gouvernanz oder Migration betreffen sowohl die Industrieländer als auch die armen Länder. Die nachhaltige Entwicklung ist ein Ziel für die gesamte Menschheit, und die Entwicklungszusammenarbeit spielt hier eine Schlüsselrolle.



Martin Dahinden  
Botschafter, Direktor DEZA




Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch  
Staatssekretärin, Direktorin SECO



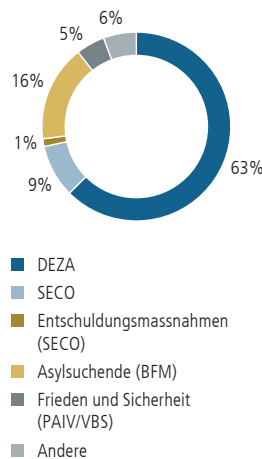
## Entwicklungs- politischer Kontext

Bei der Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele (MDG) wurden Fortschritte erzielt. Doch der Graben zwischen reichen und armen Bevölkerungsgruppen bleibt bestehen. In der Schweiz hat das Parlament zusätzliche Mittel bewilligt, um bei der öffentlichen Entwicklungshilfe die Zielmarke von 0.5% bis 2015 zu erreichen.

Im September 2010 fand in New York der «MDG+10-Gipfel» statt, an dem zahlreiche Regierungen teilnahmen, um eine Zwischenbilanz zu ziehen im Hinblick auf die von der internationalen Gemeinschaft für 2015 festgelegten Ziele. Dass Fortschritte erzielt wurden, ist unbestritten, aber sie fallen je nach Region sehr unterschiedlich aus. Auch sind diese Anstrengungen noch ungenügend, sowohl was die eingesetzten Geldmittel als auch die Wirkung der durchgeführten Aktivitäten anbelangt. In der Tat wurden wenige konkrete Vorschläge für die Erschliessung neuer Finanzierungsquellen identifiziert.

Die Schweiz hat einen Bericht verfasst, der über ihre Beiträge und ihre spezifischen Herausforderungen in Bezug auf eine noch bessere Erreichung der MDG informiert. Die Schweiz hat sich gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft zu diesen Zielen bekannt. Sie hat auch Schwachstellen der MDG aufgezeigt, beispielsweise die allzu starke Fokussierung auf die Armutssymptome und folglich die Vernachlässigung der Ursachen, zu denen auch der Mangel an wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten zählt.

Öffentliche  
Entwicklungshilfe (APD)  
der Schweiz 2010



Die Verantwortung für die Entwicklung liegt aber nicht allein bei den Gebern, sondern ebenso bei den Entwicklungsländern selbst. Mitsprache der Bevölkerung bei öffentlichen Angelegenheiten, soziale und ökologische Verantwortung des Privatsektors und ein wirklicher politischer Wille der Regierungen sind wesentliche Elemente zur Erreichung der MDG.

Der Kampf gegen die Armut und das Engagement zugunsten der ärmsten Länder beschränken sich nicht allein auf die Zusammenarbeit mit ihnen. Gewisse globale Herausforderungen wie der Klimawandel oder der Umgang mit natürlichen Ressourcen wirken sich direkt auf das Leben der am stärksten verwundbaren Bevölkerungsgruppen aus. Sie erfordern nicht nur eine Kooperation mit den ärmsten Ländern, sondern auch mit Ländern wie Indien oder China, die zu wichtigen Akteuren der internationalen Politik geworden sind.

Die Anstrengungen zur Erreichung der Millenniumsziele müssen über das Volumen und die Wirksamkeit der Hilfe hinausgehen und die Gesamtheit der nationalen Politiken der Industrie- und Schwellenländer einbeziehen. So hat auch die Landwirtschafts- oder die Handelspolitik der Geberländer Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Entwicklungsländer, an der eng vernetzten Wirtschaft teilzunehmen.

## Wachstum soll allen zugute kommen

Zahlen zur Armut sind ohne Zweifel ein Indikator für die Entwicklung. Sich aber einzig auf Zahlenanalysen zu verlassen, gäbe ein falsches Bild der Realität. Es sei daran erinnert, dass die Länder mit dem stärksten Wirtschaftswachstum am meisten Arme zählen. Indien, das 2010 ein geschätztes Wirtschaftswachstum von 9.7% erzielte, hat heute immer noch über 400 Millionen Arme. Wirtschaftswachstum allein genügt also nicht; es braucht auch eine bessere Verteilung des Reichtums. Um dies zu erreichen, sind die Regierungen der Entwicklungsländer gefragt. Sie müssen nationale Politiken umsetzen, die für alle neue Möglichkeiten eröffnen.

Armut und Umweltschäden sind eng miteinander verflochten. Sie sind auf Marktdefizite wie unfaire Rahmenbedingungen und eine ungenügende nationale und internationale Gouvernanz zurückzuführen. Ein Land allein ist jedoch nicht in der Lage, Lösungen für die mangelnden Rahmenbedingungen zu finden. Die globalen Probleme wie Klimawandel und Wasserkrise haben enorme Auswirkungen auf die Entwicklungsperspektiven armer Länder. In dieser Hinsicht konnten 2010 verschiedene Fortschritte im Bereich der globalen Gouvernanz erzielt werden: Am Klimagipfel in Cancún, der zwar nicht mit einem verbindlichen Schlussdokument endete, einigten sich die Industrieländer darauf, einen verbindlichen Plan zur Reduktion ihrer CO<sub>2</sub>-Emissionen vorzulegen. Ausserdem wurde ein neuer multilateraler Fonds zur Bekämpfung des Klimawandels etabliert (Green Climate Fund). Ab 2020 sollen die Entwicklungsländer aus APD und diversen anderen Quellen jährliche Finanzierungshilfen in der Höhe von insgesamt 100 Milliarden US-Dollar erhalten.

Die Länder des Südens bilden längst keinen homogenen Block mehr. Unter ihnen gibt es Industrie- und Schwellenländer, aber auch arme Länder, die von der globalen Entwicklungsdynamik nach wie vor ausgeschlossen sind. Diesem Umstand muss auch in der internationalen Gouvernanz und bei der Verteilung der Entscheidungsgewalt innerhalb der internationalen Organisationen Rechnung getragen werden. Die Weltbank hat beispielsweise entschieden, die Stimmrechte der Schwellenländer zu erhöhen, da deren Beiträge an die Entwicklungsfonds im Steigen sind.

China kündigte 2010 einen Beitrag von zwei Milliarden US-Dollar zugunsten der internationalen Entwicklungsagentur (IDA), dem Fonds der Weltbank für die ärmsten Länder, an.

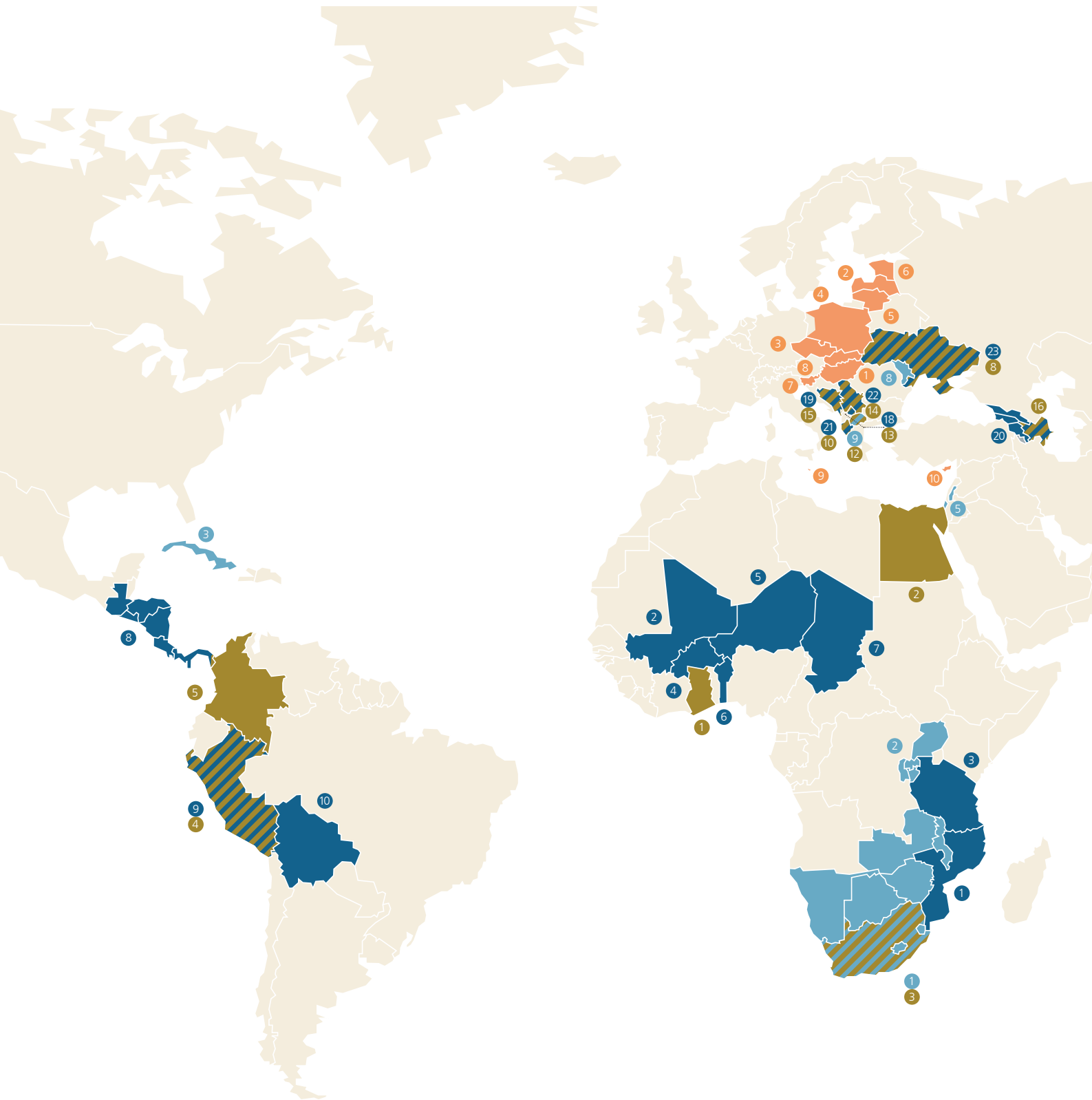
## Das schweizerische Umfeld

Am 28. Februar 2011 beschloss das Parlament, das Volumen der öffentlichen Entwicklungshilfe (APD) zu erhöhen, um bis 2015 einen Anteil von 0.5% am Bruttonationaleinkommen (BNE) zu erreichen. Hierzu wurden zusätzliche Mittel für die Jahre 2011 und 2012 gesprochen. Mit diesem Geld sollen möglichst rasch Wasser- und Klimaprojekte auf bilateraler und multilateraler Ebene umgesetzt werden. 2010 belief sich die APD auf 0.41% des BNE und lag somit unter dem von der UNO festgelegten Ziel von 0.7% und unter dem Durchschnitt der OECD-Länder (0.48% im Jahr 2009, 0.49% im Jahr 2010).

Die Schweiz wird häufig für die Qualität ihrer Aktivitäten gelobt. Zwei Wirkungsberichte geben Auskunft über das Erreichte: der Wirkungsbericht im Bereich Wasser von 2009 und jener über den Landwirtschaftssektor von 2010. Der vorliegende Jahresbericht präsentiert gleich wie der vorangegangene die 2010 erreichten Resultate. |

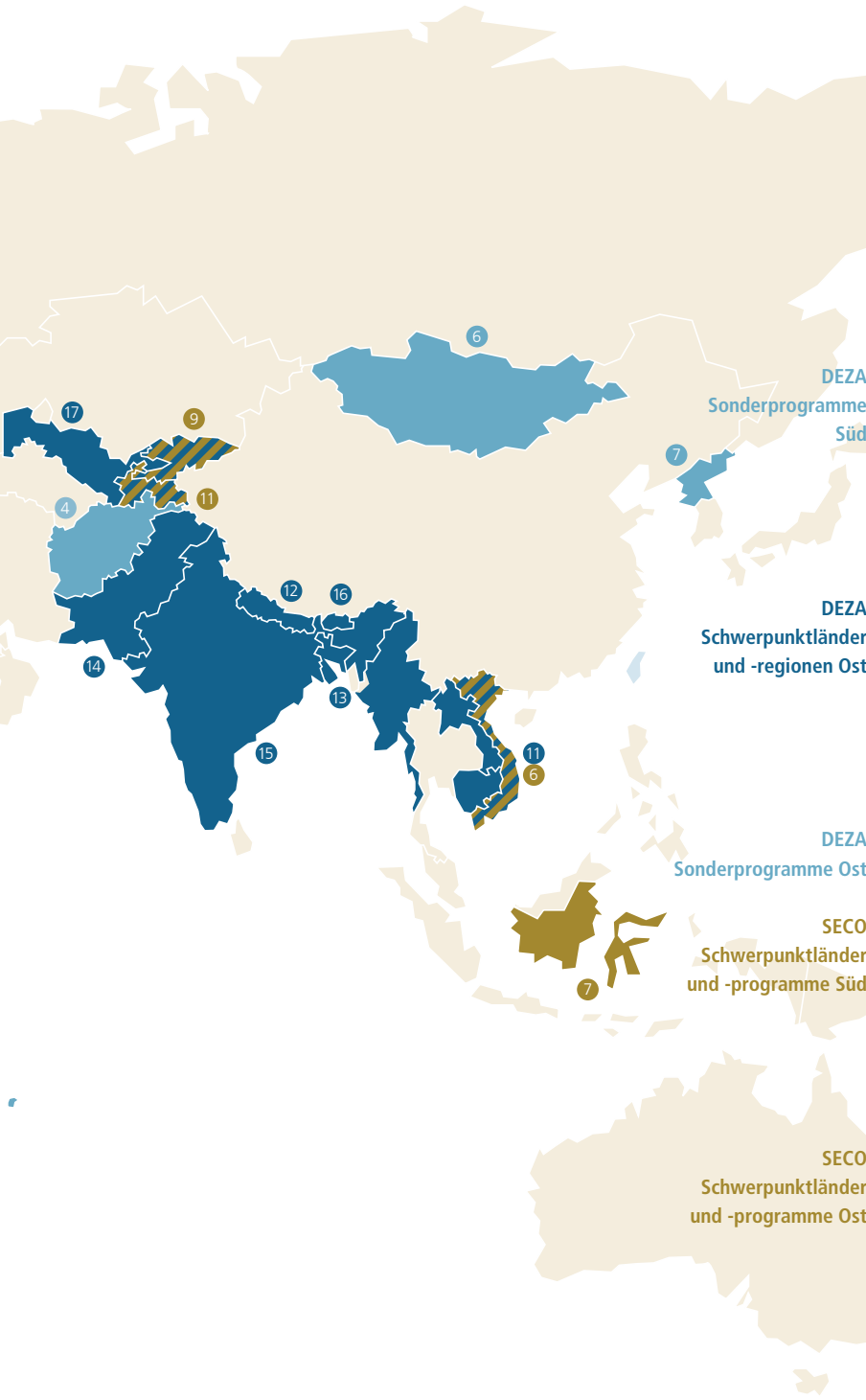
**Die Länder des Südens bilden längst keinen homogenen Block mehr.**

**Schweizer Engagement im Landwirtschaftssektor** Die DEZA und das SECO geben zusammen jährlich 200 Millionen Franken für die Landwirtschaft und die Ernährungssicherheit aus. Die Schweiz gehört zu den Geberländern mit den höchsten Ausgaben in diesem Bereich. 2010 wurde ein Wirkungsbericht der Entwicklungszusammenarbeit im Landwirtschaftssektor veröffentlicht. Er enthält die Ergebnisse, die in den vier Schwerpunktbereichen der Schweiz in diesem Sektor erzielt wurden: Produktions- und Produktivitätssteigerung, Verbesserung der handelspolitischen Rahmenbedingungen, Verbesserung der Wertschöpfungsketten zwischen Produzenten und Konsumenten sowie Abschwächung der Nahrungskrisen.



## Schwerpunktländer und -regionen von DEZA und SECO 2010

Mio. Fr.



**DEZA**  
**Schwerpunktländer**  
**und -regionen Süd**

Afrika	Mosambik	19.9	1
	Mali	14.7	2
	Tansania	14.6	3
	Burkina Faso	13.8	4
	Niger	13.2	5
	Benin	11.5	6
	Tschad	10.2	7
Lateinamerika	Nicaragua/Zentralamerika	25.0	8
	Bolivien	17.8	9
	Peru	10.4	10
Asien	Vietnam/Mekong	26.2	11
	Nepal	25.7	12
	Bangladesch	18.2	13
	Pakistan	11.2	14
	Indien	7.6	15
	Bhutan	1.5	16

**DEZA**  
**Sonderprogramme**  
**Süd**

Afrika	Südafrika/Südliches Afrika	18.9	1
	Ruanda/Grosse Seen	12.9	2
Lateinamerika	Kuba	5.2	3
Asien	Afghanistan	14.4	4
	Gaza und Westbank	12.0	5
	Mongolei	11.7	6
	Nordkorea	3.7	7

**DEZA**  
**Schwerpunktländer**  
**und -regionen Ost**

Zentralasien		22.9	17
Kosovo		10.7	18
Bosnien und Herzegowina		10.1	19
Südkaucasus		8.8	20
Albanien		8.0	21
Serbien		7.6	22
Ukraine		5.5	23

**DEZA**  
**Sonderprogramme**  
**Ost**

Republik Moldau		7.7	8
Mazedonien		6.3	9

**SECO**  
**Schwerpunktländer**  
**und -programme Süd**

Afrika	Ghana	13.8	1
	Ägypten	5.5	2
	Südafrika	2.7	3
Lateinamerika	Peru	8.4	4
	Kolumbien	2.6	5
Asien	Vietnam	18.2	6
	Indonesien	5.6	7

**SECO**  
**Schwerpunktländer**  
**und -programme Ost**

Ukraine		9.6	8
Kirgisistan		7.8	9
Albanien		5.8	10
Tadschikistan		5.1	11
Mazedonien		4.3	12
Kosovo		3.4	13
Serbien		2.7	14
Bosnien und Herzegowina		2.7	15
Aserbaidschan		1.1	16

**DEZA/SECO**  
**Neue Mitgliedstaaten**  
**der EU**

Ungarn		15.1	1
Lettland		6.4	2
Tschechien		5.7	3
Polen		2.5	4
Litauen		0.5	5
Estland		0.4	6
Slowenien		0.2	7
Slowakei		0.2	8
Malta		0.0	9
Zypern		0.0	10



### Die globale Ernährungskrise

In vielen Ländern ist Essen für die Mehrheit der Bevölkerung eine Selbstverständlichkeit. Auch in der Schweiz. Unser Lammfleisch kommt

aus Neuseeland, die Cherry-Tomaten aus Nordafrika, der Reis aus Thailand. Die moderne Gesellschaft erspart uns die Mühsal, unsere tägliche Nahrung selbst anbauen, ernten oder zubereiten zu müssen.

Wir brauchen nur dafür zu bezahlen. Erst wenn die Preise steigen, werden wir empfindlich getroffen. Für die Menschen in den armen Ländern wiegen die Folgen besonders schwer.

Wütende Menschen bedrängen in Ägypten nahe der Pyramide von Giza einen Kiosk, um von der Regierung subventioniertes Brot zu ergattern. Die steigende Nachfrage und das mangelnde Angebot haben

weltweit die Debatte neu entfacht, ob die Nahrungsmittelproduktion mit dem Bevölkerungswachstum Schritt halten kann.

The End of Plenty



# Der Kampf gegen die Armut zeigt Wirkung

Verbesserte Chancen bedeuten weniger Armut, mehr Hoffnung, mehr Stabilität, mehr Sicherheit. Langfristiges Engagement prägt die bilaterale Zusammenarbeit der Schweiz in Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa. Die DEZA und das SECO erarbeiten zusammen mit ihren Partnerinstitutionen innovative Lösungen für Armuts- und Entwicklungsprobleme und setzen Schweizer Know-how und langjährige Erfahrungen ein.

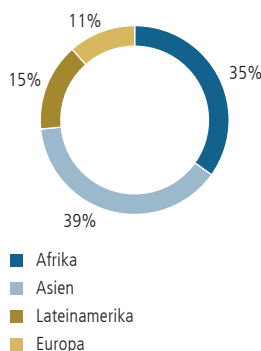
Das Jahr 2010 war aber auch gekennzeichnet durch verheerende Naturkatastrophen, die 295 000 Todesopfer und wirtschaftliche Verluste in der Höhe von 130 Milliarden US-Dollar forderten. Über 200 Millionen Menschen waren davon direkt oder indirekt betroffen.

Im Jahr 2010 hat die bilaterale Zusammenarbeit der Schweiz die Lebenschancen Tausender Menschen in den Partnerländern verbessert: dank Bildungsmöglichkeiten und neuen Einkommensquellen, einem besseren Zugang zu medizinischen Dienstleistungen und der Stärkung von Wirtschafts- und Rechtssystemen.

Die Zahl der Ereignisse, die Einsätze der Humanitären Hilfe erforderten, war höher als in allen vorangegangenen Jahren. Die Ereignisse reichten von Erdbeben (in Haiti und Chile) über grosse Überschwemmungen (in Pakistan, Moldawien und Kolumbien) bis hin zu Dürren und deren Auswirkungen (Ernteausschlag im Sahel; Brände in Russland und Israel). Die Humanitäre Hilfe des Bundes hat rasch, gezielt und koordiniert auf die verschiedenen Situationen reagiert.

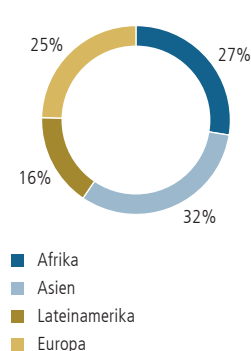
Was hat die Schweiz zur Bekämpfung der Armut, der Überwindung von Ungleichheiten und zur Linderung von Not beigetragen? Die nachfolgenden Seiten fassen die wichtigsten Resultate und Beispiele zusammen. |

**DEZA bilateral nach Kontinenten 2010<sup>1</sup>**



<sup>1</sup> Exkl. geografisch nicht zuteilbare Beiträge und EU-Erweiterungsbeitrag

**SECO bilateral nach Kontinenten 2010<sup>1</sup>**



<sup>1</sup> Exkl. geografisch nicht zuteilbare Beiträge und EU-Erweiterungsbeitrag



Ein Staubsturm trifft auf das Dorf Mabaalea in Äthiopien. Langandauernde Trockenheit hat zu akuter Unterernährung geführt. Fast sämt-

liche Tiere sind zugrunde gegangen.

---

The End of Plenty

Subsahara-Afrika weist – gemessen an der Gesamtbevölkerung – weiterhin den grössten Anteil armer Menschen weltweit auf: 46% der Bevölkerung leben mit einem Tageseinkommen von weniger als einem US-Dollar. Nach einem kurzen Einbruch als Folge der Finanzkrise haben die Wachstumsraten zwar wieder die Fünf-Prozent-Marke erreicht. Die Entwicklungsfortschritte der einzelnen Länder sind allerdings unterschiedlich. Vielerorts hat das Wachstum die Lebensbedingungen der Bevölkerung nur unzureichend verbessert.

Die Entwicklungszusammenarbeit der DEZA in Afrika konzentriert sich auf sieben Schwerpunktländer und zwei Regionen sowie auf die Stärkung der regionalen Zusammenarbeit zwischen den Ländern. Im Vordergrund stehen die Bereiche Grund- und Berufsbildung, Dezentralisierung, Gesundheit und ländliche Entwicklung.

Die politische und soziale Stabilität hat sich in den letzten Jahren in den meisten Ländern verbessert. In einigen Staaten stellen jedoch autokratische Regierungen die in den letzten Jahren erreichten Fortschritte im Bereich der Demokratisierung in Frage. Die Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Organisationen macht es unter anderem möglich, dass die Bürgerinnen und Bürger verstärkt ihre Grundrechte einfordern und durchsetzen können.

## Afrika

Die Entwicklungsfortschritte in vielen Ländern Afrikas sind deutlich erkennbar. Doch der Weg zu mehr Wohlstand und weniger Armut bleibt lange: Der mangelnde Zugang zu Trinkwasser, die vielerorts prekäre Gesundheitsversorgung und die wachsende Unsicherheit in den Sahelländern stellen den Kontinent vor grosse Herausforderungen.

Eine komplexe Verflechtung von Drogen-, Waffen- und Menschenhandel sowie terroristische Aktionen der «Al Qaida au Maghreb Islamique» schaffen in der Region der Sahelländer Unsicherheit. Die Verschlechterung der Sicherheitslage in einigen Partnerländern wie Niger oder Mali stellt die bilaterale Zusammenarbeit und die Humanitäre Hilfe vor besondere Herausforderungen. Die Unsicherheit gefährdet die effiziente Umsetzung der Programme und auch das vor Ort eingesetzte Personal.

Nachdem in der Sahelzone im Jahr 2010 grössere Hilfsprogramme zur Ernährungssicherung erforderlich waren, zeichnete sich im Laufe des Jahres wieder eine gute Ernte ab. Trotzdem leiden in Subsahara-Afrika gemäss Schätzungen des «International Food Policy Research Institute» noch immer 265 Millionen Menschen an Unternahrung. Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel können rasch verheerende Auswirkungen haben. Die meisten Länder in Subsahara-Afrika

**Fünfzig Jahre Unabhängigkeit** Rund ein Drittel der afrikanischen Staaten haben im Jahr 2010 fünfzig Jahre Unabhängigkeit gefeiert. Ein Moment der Besinnung auf die eigenen Kräfte und ungenutzten Potenziale. Viele Staaten haben Wahlen und Volksbefragungen auf verschiedenen Ebenen durchgeführt oder solche vorbereitet. Im Zuge dieser demokratischen Prozesse kam es in der Elfenbeinküste, im Niger und in Madagaskar zu Unruhen. Im Sudan erfolgte mit der Loslösung des Südsudans ein eigentlicher Durchbruch. In Simbabwe wiesen verschiedene Zeichen auf eine Abschwächung der tiefgreifenden Krise hin, in der sich das Land befindet.

**Die Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktionsmittel hat zu wesentlichen Einkommenssteigerungen geführt.**

werden die Millenniumsentwicklungsziele bis 2015 nicht erreichen. Bei der Bildung und Gesundheit konnten aber beachtliche Fortschritte erzielt werden.

Das Bruttoinlandprodukt der Länder ist zwischen 2000 und 2008 im Mittel stärker gewachsen als der Weltdurchschnitt. Viele Volkswirtschaften sind vielseitiger und dynamischer geworden. Die Wirtschaftskrise gefährdet jedoch verschiedene Entwicklungsschritte. Die Herausforderungen bleiben bestehen: Die Lebenserwartung in Subsahara-Afrika beträgt nur rund fünfzig Jahre, über 50% der ländlichen Bevölkerung hat keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, und die Müttersterblichkeit verweilt auf hohem Niveau.

Die Länder gehen mit regionalen Organisationen wie der «East African Community» in Ostafrika und der «Economic Community of West African States» in Westafrika Probleme an, die sie im Alleingang nicht lösen können: Handel, Transport-Infrastruktur, Wassermanagement. Der Abschluss der Partnerschaftsvereinbarungen der westafrikanischen Gemeinschaft mit der EU kommt wegen Uneinigkeiten bezüglich Fragen rund um die Liberalisierung und den notwendigen Zollschatz hingegen kaum voran.

## Lokale Entwicklung

In Zusammenarbeit mit drei städtischen Gemeinden hat die DEZA in Burkina Faso die ökonomischen Bedingungen von rund 400 000 Personen verbessert. Dank dem Aufbau von Infrastrukturen und Dienstleistungen wie Strassen, Märkte oder Schlachthöfe konnten die Gemeinden im letzten Jahr die Steuererträge um rund 30% steigern. Sie konnten damit auch das Angebot an sozialen Einrichtungen wie Schulen oder Spitäler weiter entwickeln.

Die Gemeinden haben ihre fachlichen Kompetenzen in der Planung und Verwaltung öffentlicher Dienstleistungen verbessert, ebenso die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen und privatwirtschaftlichen

Organisationen. Die erweiterten technischen, administrativen und finanziellen Kapazitäten ermöglichen den Gemeinden eine verbesserte Mobilisierung lokaler Ressourcen. Damit können sie zunehmend Verantwortung für die Gestaltung des öffentlichen Raumes wahrnehmen.

Die Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktionsmittel wie Saatgut, Dünger und Geräte, die angepasste Lagerung der Ernten, die Bildung von Interessengruppen und die Schaffung von Absatzmärkten haben zu wesentlichen Einkommenssteigerungen geführt. So konnten 500 Produzenten, davon 200 Frauen, durch die Einführung der Tropfenbewässerung ihr Einkommen um 30% erhöhen. Kleine und mittlere Betriebe ermöglichen der Bevölkerung den Einkauf von Dienstleistungen wie Ausbildung, Bekleidung, ärztliche Versorgung und eine ausgewogenere Ernährung. Die Ernährungssicherheit ist deutlich besser geworden. Die Folgen von Mangel- und Fehlernährung wurden vermindert.

Dank Ausbildung und Information über Rechte und Pflichten können die Gemeinderäte und insbesondere die Frauen ihren Einfluss zugunsten der Anliegen der Bevölkerung auf Gemeindeebene stärker geltend machen. Die Schweiz setzt sich dafür ein, dass der Zentralstaat die Gemeinden für die übertragenen Aufgaben angemessen entschädigt. Sie arbeitet mit der Regierung zusammen, um die lokalen Erfahrungen auch auf nationaler Ebene zu nutzen.

## Gesundheit und Bildung

Gemäss Weltgesundheitsorganisation sterben in Afrika wegen der Malaria jährlich rund 800 000 Menschen. 2009 hat das Schweizerische Tropeninstitut einen erfolgreichen Versuch mit einem neuen Impfstoff bei Säuglingen und Kleinkindern durchgeführt. Die Infektionsrate ist bei geimpften Kindern um 65% gesunken. Grosse Fortschritte wurden in Ruanda, Tansania und Madagaskar dank der Verbreitung imprägnierter Moskitonetze erzielt.

Die HIV/Aids-Infektionen treffen die Region Ostafrika besonders stark. Positive Trends gibt es bei der Bekämpfung und Prävention. In Subsahara-Afrika sind in den letzten Jahren Neuansteckungen um 15%



zurückgegangen. Dank der starken Zunahme von anti-retroviralen Therapien (44% Ende 2008 gegenüber 2% 2003) ist die Zahl der mit HIV/AIDS lebenden Menschen gestiegen. Diese Fortschritte können jedoch die Folgen der Aids-Epidemie nicht verbergen: Allein in Mosambik leben rund 1.6 Millionen Aids-Waisen.

Viele Staaten haben die Schulgebühren abgeschafft. Die Einschulungsrate konnte – trotz hohem Bevölkerungswachstum – auf 75–82% gesteigert werden. Immer noch beenden aber weniger als die Hälfte der Kinder die Primarstufe. Die Qualität des Unterrichts ist häufig ungenügend, und die Lehrkräfte sind schlecht ausgebildet. Angesichts der knappen staatlichen Budgets gehen die Investitionen im Bildungsbereich wieder zurück.

Im Tschad sind die staatlichen Dienstleistungen auf dezentraler Ebene noch begrenzt und von mangelnder Qualität. Die lokalen Gemeinschaften müssen sich oft selber organisieren. Das DEZA- Programm unterstützt die eigenen Anstrengungen der ländlichen Bevölkerung in der landwirtschaftlichen Produktion sowie im Bildungs- und Gesundheitsbereich. Eine verbesserte Produktion soll den landwirtschaftlichen Familienbetrieben mehr Geld für die Grundschulbildung und qualitativ gute Gesundheitspflege einbringen. Die Gemeinschaften sollen in der Lage sein, beide Dienstleistungen selber zu verwalten.

Von den im Jahr 2010 unterstützten 8000 Familienbetrieben konnten nahezu zwei Drittel ihre Ernährungsbedürfnisse decken trotz der massiven Nahrungsmittelkrise, die eine Million Menschen betroffen hat. Über 60% der Frauen, welche in der Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte ausgebildet worden waren, konnten ihre Einkommen erhöhen und damit Schulgebühren und Gesundheitspflege finanzieren. Im Rahmen des von der DEZA unterstützten dezentralisierten Schulsystems wurden 426 lokal verwaltete und finanzierte Schulen geschaffen – das entspricht 11% der öffentlichen Schulen landesweit.

Durch die Aus- und Weiterbildung von über 1000 Lehrkräften und die Einführung innovativer pädagogischer Ansätze haben gegen 60 000 Mädchen und Jungen aus ländlichen Gebieten Zugang zu einer qualitativ guten Schulbildung erhalten. Die Einschulungsquote auf Sekundarstufe hat sich damit beträchtlich erhöht. Im Rahmen der Ausbildung von 200 Hebammen

wurde die Verbindung zwischen traditioneller und moderner Medizin gestärkt. Die Besucherzahl in den Gesundheitszentren nahm in der Folge zu.

Heute beteiligen sich die rund 700 von der DEZA unterstützten Bauernorganisationen, Elternräte und Gesundheitskomitees aktiv in der regionalen und nationalen Politik. Sie fordern vom Staat mit Nachdruck die Bereitstellung von Dienstleistungen, die ihren Bedürfnissen entsprechen.

## Humanitäre Hilfe

Das Augenmerk der Humanitären Hilfe liegt auf der Unterstützung der Opfer von Konflikten und Naturkatastrophen. In Somalia, Äthiopien, im Tschad, in der Republik Kongo, in Kenia und Burundi machen anhaltende Gewaltkonflikte Millionen von Menschen schutzlos. Viele von ihnen leben als Flüchtlinge oder intern Vertriebene in Lagern. Sie sind abhängig von externer Unterstützung. Die Humanitäre Hilfe sicherte im Jahr 2010 ungefähr drei Millionen Menschen das Überleben. Sie setzte hierfür finanzielle Beiträge sowie Expertinnen und Experten in internationalen und schweizerischen Organisationen ein. Ausserdem organisierte sie direkte Aktionen des Korps für Humanitäre Hilfe.

Im Sudan konzentrierte die DEZA ihre Unterstützung auf die Provinzen Darfur, Northern Bar el Ghazal und Südkordofan. In Darfur sind seit 2003 ungefähr 4.7 Millionen Menschen auf externe Hilfe angewiesen. Die Humanitäre Hilfe unterstützte die Menschen, indem sie Nahrung, Wasser und Schutzmassnahmen für die Zivilbevölkerung bereitstellte. Dem Welternährungsprogramm der UNO (WFP) stellte sie nebst der Lieferung von Schweizer Milchpulver für die Behandlung von bis zu 370 000 mangelernährten Kindern auch einen Experten für das Management der lokalen Partnerschaften zur Verfügung. Im Südsudan und in Südkordofan unterstützte sie die Reintegration von Rückkehrenden aus dem Norden. Nebst der finanziellen Unterstützung von UNO-Partnern und schweizerischen NGOs startete die Humanitäre Hilfe in der zweiten Jahreshälfte 2010 in der Provinz Northern Bar el Ghazal eine Direktaktion für die Wasserversorgung von rund einer Million Menschen.

**Durch die Aus- und Weiterbildung von über 1000 Lehrkräften haben gegen 60 000 Mädchen und Jungen Zugang zu einer qualitativ guten Schulbildung erhalten.**



Eine erneute Dürreperiode hat im Jahr 2009 die anhaltende Ernährungsunsicherheit im Sahel verschlechtert. Mehr als 15 Millionen Menschen waren Anfang 2010 von Hunger und Unterernährung bedroht. Die Humanitäre Hilfe intervenierte sowohl mit bilateralen Aktionen als auch mit Beiträgen an internationale Organisationen und an Schweizer Hilfswerke.

Im Nahen Osten setzt die DEZA Programme in den Bereichen Wirtschaft und Beschäftigung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte sowie in der Sicherstellung von Basisdienstleistungen für die Bevölkerung um. Im Bereich der Migration hat die DEZA in Marokko zur Verbesserung der Basisversorgung von Transit-Migrantinnen und -Migranten sowie Flüchtlingen beigetragen. Davon profitiert haben insgesamt rund 2400 Kinder und Erwachsene.

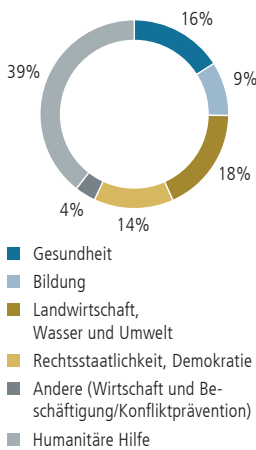
Die Reduktion der Naturrisiken («Disaster Risk Reduction», DRR) ist ein wichtiger Bestandteil der humanitären Programme. Als einer der wenigen in diesem Bereich engagierten Geber spielt die Schweiz weiterhin eine wichtige Rolle im Aufbau der DRR-Kapazitäten staatlicher und nichtstaatlicher Akteure, hauptsächlich in Marokko, Jordanien, Syrien und im Libanon.

Ausserdem wurde die zweite Phase des Steuerreformprojektes lanciert. Dank einer funktionierenden Steuerverwaltung sollen die Steuereinnahmen nachhaltig gesteigert und das Steuersystem fairer und effizienter gestaltet werden. Ebenso förderte das SECO durch seine Beteiligung am «African Tax Administration Forum» den Austausch unter den Steuerverwaltungen afrikanischer Länder.

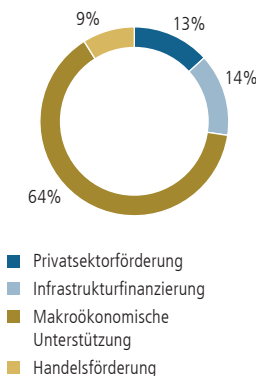
Mit Ghana wurde zudem ein bilaterales Abkommen über ein nachhaltiges öffentliches Beschaffungswesen abgeschlossen. Die Förderung von Transparenz und Rechenschaft soll zur effizienten Nutzung öffentlicher Gelder beitragen. Ghana ist damit das erste Land Afrikas, welches Prinzipien der Nachhaltigkeit im öffentlichen Beschaffungswesen einführt.

In Ägypten fördert ein SECO-Projekt die Mediation als alternative Methode zur Beilegung handelsrechtlicher Streitigkeiten. In Streitfällen können so schneller Entscheidungen getroffen und enorme Kosten gespart werden. Ägypten soll in Zukunft als regionales Kompetenzzentrum für Streitschlichtungsfragen dienen und diese Technik in weiteren Ländern des Mittleren Ostens und Nordafrikas bekannt machen. Dazu wurden bereits 37 Personen in Mediation ausgebildet. Weiter werden staatliche Richterinnen und Richter von einer anerkannten Mediationsausbildung profitieren. In Ägypten wurden überdies die Bestrebungen im Abfallsektor intensiviert. Die Projekte konzentrieren sich auf eine ökologisch durchdachte Entsorgung von giftigen Stoffen, insbesondere von Spitalabfällen. |

**Afrika:**  
DEZA nach Themen 2010



**Afrika:**  
SECO nach Themen 2010



## Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit

2010 gelang es dem SECO, seine Schwerpunktländer Ghana, Südafrika und Ägypten für steuerpolitische Themen zu mobilisieren und zu sensibilisieren. Das SECO beteiligte sich massgeblich am Aufbau zweier globaler Initiativen des Internationalen Währungsfonds, welche Entwicklungsländer in allen Bereichen der Besteuerung und Steuerpolitik unterstützen, insbesondere im Bereich der Besteuerung von natürlichen Ressourcen.

**Fair-Trade-Tourismus** In Südafrika unterstützt das SECO eine Fair-Trade-Tourismus-Organisation bei der Entwicklung von anerkannten Fair-Trade-Reise-Angeboten. Nach mehrjähriger Zusammenarbeit zwischen der Industrie, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Regierungsbehörden konnten 2010 auf dem Schweizer Markt die ersten Fair-Trade-Reisearrangements weltweit angeboten werden. Das Projekt entspricht einer breiten Nachfrage nach fairem, umweltfreundlichem und sozialverträglichem Tourismus.

**Elektrische Infrastruktur in Ghana** Das SECO unterstützt die Regierung von Ghana beim Aufbau eines leistungsfähigen Elektrizitätssektors. Achtzig Dörfer profitieren von einer Ausweitung des Elektrizitätsnetzes. Ausserdem werden Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz getroffen, so unter anderem über die Identifikation von Elektrizitätsverlusten.

Ein Mann im Norden Bangladeschs kauft eine Ration Reis für seine Familie. Für Menschen, die mit weniger als einem US-Dollar pro Tag

auskommen müssen, ist Essen niemals billig.

---

The End of Plenty



In Ostasien hat sich das Wirtschaftswachstum im Jahr 2010 trotz der Finanzkrise mit etwa 8% auf hohem Niveau gehalten. China, als dominante Macht, sowie Indonesien und Korea spielen dabei eine treibende Rolle. Dieses Wachstum hat aber auch die sozialen Ungleichheiten weiter verschärft.

Immerhin konnten China, Vietnam, Laos, die Mongolei, Bhutan und Indonesien Fortschritte bei den MDGs verzeichnen. Es stehen indes immer noch wichtige Entwicklungsaufgaben an, namentlich bei der ländlichen Entwicklung und Ernährungssicherheit, beim Zugang zu Bildung und Gesundheit – und dies vor allem in Laos und in Vietnam.

Defizite bei der Regierungsführung, bei der Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Gütern und der Bürgerbeteiligung behindern die notwendige Verringerung der Ungleichheiten. Eine weitere Priorität des schweizerischen Engagements in der Mekong-Region betrifft die Anpassung an den Klimawandel.

# Asien

Asien entwickelt sich mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten: dynamisches Wirtschaftswachstum einerseits und Defizite bei der Regierungsführung und verbreitete Armut andererseits. Die Ungleichheiten und der Raubbau an natürlichen Ressourcen nehmen weiter zu.

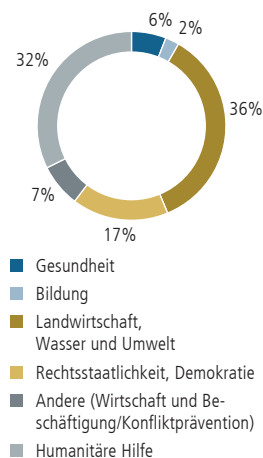
Die Lebensbedingungen – vor allem der Zugang zu Bildung und Gesundheit – haben sich in Nepal, Indien, Pakistan und Bangladesch generell verbessert. Süd-asien bleibt aber mit 844 Millionen immer noch die Region mit der höchsten Anzahl Menschen, welche mit weniger als zwei US-Dollar pro Tag auskommen müssen, verglichen mit 458 Millionen Menschen in Subsahara-Afrika. Die äusserst fragilen Umstände in Nepal, Afghanistan und Pakistan erfordern besondere Massnahmen zur Prävention von Konflikten und zur Minderung von Risiken.

Bangladesch weist auf der einen Seite ein stetes Wirtschaftswachstum von rund 6% pro Jahr sowie eine verhältnismässig ruhige politische Lage auf. Auf der anderen Seite prägen mangelnder Reformwille, anhaltende Korruption und der dringende, aber nur schleppend umgesetzte Infrastruktur-Ausbau das Umfeld. Die Rollen von Gebern, Staat, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft müssen dadurch neu definiert werden.

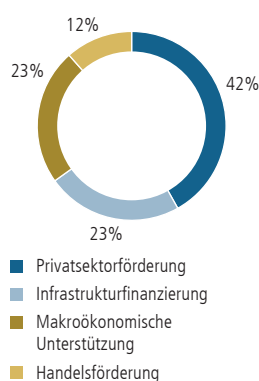
In Pakistan konnte die DEZA mehreren Tausend Menschen, welche direkt von der Jahrhundertflut vom Sommer 2010 betroffen waren, unbürokratisch und schnell helfen.

Sicherheit blieb sowohl in Afghanistan wie auch in Pakistan das alles bestimmende Thema. Trotz der sich weiter verschlechternden Sicherheitslage – vor allem in der Region Hindukusch an der Grenze zwischen Afghanistan und Pakistan – war es möglich, die geplanten Programme praktisch vollständig umzusetzen und gute Resultate zu erzielen.

Asien:  
DEZA nach Themen 2010



Asien:  
SECO nach Themen 2010







## Ländliche Entwicklung

Die DEZA engagierte sich auch 2010 im Bereich der ländlichen Entwicklung: Das Einkommen der Menschen wurde verbessert und damit die Armut wirksam bekämpft. Zusätzlich leistete die DEZA einen Beitrag zu einer transparenteren und effizienteren Regierungsführung. Frauen, Kinder und Angehörige von Minderheiten standen dabei im Zentrum.

In Afghanistan trugen die durch Helvetas aufgebauten Gemeinschaftsbäckereien bei über 1000 Familien zu einer massgeblichen Verringerung der Arbeitslast bei und entlasteten diese auch wirtschaftlich. 110 000 Schülerinnen und Schüler werden von rund 4000 Lehrkräften ausgebildet. Bei 42 000 Kindern konnte sichergestellt werden, dass diese die Grundschule beenden.

In Pakistan wurden die Flutopfer rasch mit Trinkwasser, Nahrungsmitteln und Hygieneartikeln versorgt, so beispielsweise im Swat-Tal. Trotz der schwierigen Ausgangslage wurden die wirtschaftlichen Lebensbedingungen von 25 000 Familien – oder rund 200 000 Menschen – nachhaltig verbessert: Diese konnten ihre Einkommen um 25 bis 50% steigern.

In Nepal unterstützte die DEZA den Bau von 177 Hängebrücken mit technischer Expertise. Damit erhielten 2.27 Millionen Menschen einen besseren Zugang zu den lokalen Märkten sowie zu Bildung und Gesundheit. Gleichzeitig konnten im Bausektor Arbeitseinkommen für marginalisierte ländliche Bevölkerungsgruppen in der Höhe von 6.5 Millionen Franken geschaffen werden. 57% der Begünstigten stammten dabei aus benachteiligten oder diskriminierten Bevölkerungsschichten. Mit der Erwirtschaftung von einem Minimallohn von einem US-Dollar pro Tag konnten sie ihre Lebensbedingungen deutlich verbessern.

In Bangladesch ist es der DEZA gelungen, mit relativ geringem Mitteleinsatz Projekte mit beachtenswerter Hebelwirkung zu lancieren und dabei auch die Ressourcen Dritter zu mobilisieren: Durch den Ausbau von Wertschöpfungsketten im Landwirtschaftsbereich wurden über 200 000 Arbeitsplätze in Kleinunternehmen geschaffen. Über 300 000 Personen wurden direkt in den von der DEZA unterstützten Projekten ausgebildet.

In Nordkorea haben die über mehrere Jahre entwickelten Methoden zur biologischen Schädlingsbekämpfung bei Weisskohl einen potenziellen Mehrertrag von bis zu 40% aufgezeigt. Kohl ist in Nordkorea eines der wichtigsten Grundnahrungsmittel. Die Regierung hat in der Folge nationale Richtlinien für die biologische Schädlingsbekämpfung erlassen, und die nationale landwirtschaftliche Universität hat den gemeinsam mit der DEZA entwickelten Studiengang in biologischer Schädlingsbekämpfung in den Lehrplan aufgenommen.

Die Mongolei vermochte die Selbstversorgung mit Kartoffeln von 55% im Jahre 2004 auf 110% im Jahre 2010 zu erhöhen, nachdem sie mit Unterstützung der Schweiz neue Kartoffelsorten eingeführt hatte. Die Zusammenarbeit mit Hirtengemeinschaften zielte darauf ab, Weiden durch Rotation besser zu nutzen, das Verständnis für den Schutz der natürlichen Ressourcen zu schärfen, aber auch einen besseren Zugang zur Fleischvermarktung zu ermöglichen. Mit 17 Hirtengemeinschaften wurden gesamthaft über 1.2 Millionen Franken Mehrertrag erwirtschaftet. Eine Vernetzung mit dem Privatsektor für den Fleischexport ist im Aufbau.

In Vietnam wird in Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftsministerium in zwei Provinzen ein Beobachtungssystem für die Planung und die Umsetzung von landwirtschaftlichen Politiken aufgebaut.

**Die Mongolei vermochte die Selbstversorgung mit Kartoffeln von 55% im Jahre 2004 auf 110% im Jahre 2010 zu erhöhen.**

Dank verbesserter Tierhaltung und dem Ausbau des Veterinärwesens auf Provinzebene konnten bereits 5000 Bauern ihr monatliches Haushalteinkommen um bis zu 80 US-Dollar steigern. Auch in Laos verhalf verbesserte Tierhaltung zu gesteigerten Einkommen. Mit Schweizer Know-how wurde die landwirtschaftliche Beratung verbessert, wobei eine Steigerung der durchschnittlichen Haushalteinkommen von Bauernfamilien um jährlich 150 US-Dollar beobachtet werden konnte.

**Menschenrechte schützen** Die Sicherheit in Afghanistan hat sich auch im Jahr 2010 weiter verschlechtert. Menschenrechtsverletzungen sind häufig, und es gibt faktisch kein funktionierendes Rechtssystem, das der afghanischen Bevölkerung Schutz bieten könnte. In diesem schwierigen Kontext versucht die unabhängige afghanische Menschenrechtskommission AIHRC mit Unterstützung der DEZA, eine Basis für die Einhaltung der Menschenrechte in Afghanistan aufzubauen. Zusammen mit Partnern aus der Zivilgesellschaft und dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) erreichte die AIHRC unter anderem, dass die Haftbedingungen in afghanischen Gefängnissen stark verbessert wurden, Folter um über 30% abnahm und fast 400 illegal inhaftierte Personen wieder freigelassen wurden. Auch gelang es der AIHRC, vier neue Gesetze auf nationaler Ebene so zu beeinflussen, dass diese weniger diskriminierend gegenüber Frauen, Mittellosen und Familien ausfielen.

**Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft** Über 70% der Landflächen in Nordkorea sind Hügel- und Berggebiete. Als Folge der ineffizienten Planwirtschaft und der schlecht funktionierenden zentralisierten Verteilung von Nahrungsmitteln werden diese Gebiete zum Teil intensiv für die Nahrungsmittelproduktion genutzt. Dies führt zu Abholzung und Boden-erosion. Ein von der DEZA unterstütztes Projekt fördert eine ökologisch nachhaltige Hanglagenbewirtschaftung. Die in Zusammenarbeit mit der nordkoreanischen Umweltbehörde und dem «World Agroforestry Centre» gebildeten Nutzergruppen wenden umweltfreundliche Anbaupraktiken und Agroforstwirtschaft in Hanglagen an und können über den erwirtschafteten Ertrag selber verfügen. Die Produktivität und die Vielfalt der Anbauprodukte konnten signifikant erhöht werden, was der Lebenssituation der ländlichen Bevölkerung zugute kommt.

## Gouvernanz

Im Justizministerium Afghanistans wurde eine Unterstützungseinheit für Menschenrechte aufgebaut. Die enge Zusammenarbeit mit dem UNO-Entwicklungsprogramm (UNDP) erlaubte es der Schweiz, sich trotz bescheidener finanzieller Mittel im Gouvernanzbereich stark einzubringen.

Angesichts des ins Stocken geratenen Friedensprozesses und der politischen Blockade in Nepal muss die Rolle der Schweiz überdacht werden. Die Umsetzung von Aktivitäten auf Regierungsebene ist schwieriger geworden. Die bereits etablierte Beratung und der Aufbau von Kapazitäten in Verfassungsfragen stösst aber weiterhin auf grossen Anklang.

Im Anschluss an die positiven Erfahrungen in Bhutan, Laos und Vietnam konnte die DEZA auch in der Mongolei für 1.4 Millionen Einwohner den Zugang zu Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung erheblich vereinfachen. Durch die Einführung sogenannter One-Stop-Shops wurde die Reise-, Warte- und Verarbeitungszeit bis zu 48% gesenkt: Verschiedene administrative Geschäfte können in speziell dafür geschaffenen Dienstleistungszentren an ein- und dem selben Ort erledigt werden.

Laos machte erste Schritte in Bezug auf eine kompetentere Personalführung und verabschiedete eine Strategie zur Regierungsreform. Bereits können 125 000 Dorfbewohner in 21 Distrikten über Investitionen der Regierung im Gesundheits- und Bildungswesen oder bei Beratungsdiensten mitbestimmen. In Vietnam gelang es der DEZA gemeinsam mit dem UNDP, die Regierung zur Durchführung einer externen Evaluation ihrer Verwaltungsreform zu bewegen. Die Resultate sollen einerseits über die Stärkung und Effizienz der Verwaltung Auskunft geben und andererseits den Nutzen solcher Reformprozesse beleuchten. In den Provinzen Hoa Binh und Cao Bang ist mittlerweile gut ersichtlich, wie Dorfgemeinschaften in die Planung und Umsetzung von Investitionen einbezogen werden. Über 56 000 Haushalte wirkten an der Realisierung von über 1500 direkt finanzierten Kleininvestitionen auf Dorfebene mit.

## Humanitäre Hilfe

Bereits in den ersten Tagen nach der Jahrhundertflut in Pakistan, welche ein Fünftel des Landes überschwemmt hatte, leitete die Humanitäre Hilfe erste Soforthilfemassnahmen ein. 20 000 Flutopfer erhielten Trinkwasser, Nahrungsmittel und Hygieneartikel. An 2000 Familien wurden Kunststoff-Abdeckungen, Zelte, Matratzen sowie Haushalts- und Hygieneartikel verteilt. Daneben organisierte die Humanitäre Hilfe in verschiedenen Gebieten die Desinfektion und Verteilung von Trinkwasser.

Für die Unterbringung von Flutopfern während der Winterzeit hat die Humanitäre Hilfe ein Cash-Projekt umgesetzt. Obdachlose Familien erhielten einen Geldbetrag zur Finanzierung von winterfesten Unterkünften

und Bedarfsgütern. An weitere tausend Familien wurden Baumaterialien zum Wiederaufbau der Hausdächer abgegeben.

In Sri Lanka leistet die Humanitäre Hilfe Nothilfe für intern Vertriebene sowie Unterstützung für den Wiederaufbau. Dank einem Projektbeitrag an die «Fondation Suisse de Déminage» konnten 9.5 km<sup>2</sup> verminetes Gebiet in neun Dörfern entmint und für Rückkehrende freigegeben werden. 59 Dörfer und 647 Brunnen wurden von Minen und Munition gereinigt. Mit dem Hausbauprojekt in Maravanpulo (Jaffna) wurden 300 Häuser gebaut und so 1800 Personen eine gesicherte Rückkehr und Integration ermöglicht. Weitere 500 Familien konnten von einkommensfördernden Projekten profitieren. Mit dem Bau von zwei Schulen und der Reparatur von zehn zerstörten Schulgebäuden wurde der Zugang zu Bildung für die Schülerinnen und Schüler im Jaffna Distrikt verbessert.

In Myanmar hat die Humanitäre Hilfe im Nachgang zum Zyklon Nargis von 2008 den Wiederaufbau von 15 Schulen und Schutzunterkünften im Irrawaddy-Delta unterstützt. Diese Gebäude ermöglichen 2300 Kindern wieder Zugang zu einer Ausbildung und dienen der Gemeinschaft bei Naturkatastrophen als umfassender Schutz. Die Humanitäre Hilfe führt zudem ihre Unterstützung für 140 000 Flüchtlinge aus Myanmar in Thailand fort und stellt insbesondere Experten im technischen und strategischen Bereich zur Verfügung.

In Nordkorea wurde Schweizer Milchpulver über das Welternährungsprogramm (WFP) an Kinderkrippen und Gesundheitszentren verteilt. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zur Bekämpfung der chronischen Mangelernährung bei Kindern, Schwangeren und Patienten geleistet.

## Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit

In Indonesien unterstützt das SECO weiterhin den Reformprozess des öffentlichen Finanzwesens. Die Schwerpunkte lagen 2010 in den Bereichen Budgetierung, Ausgabenplanung und Überwachung sowie bei der Unterstützung von nationalen Reformen der Steuerverwaltung. Ausserdem startete das SECO ein Programm zur nachhaltigen touristischen Entwicklung der Insel Flores, einem der ärmsten Gebiete des Archipels. Lokale Institutionen zur Förderung des Tourismus helfen, die öffentlichen und privaten Akteure besser zu vernetzen und die Insel gemeinsam zu vermarkten. Eine Zielgruppe sind die Besucher der bekannteren indonesischen Insel Bali.

In Vietnam beteiligt sich das SECO an einem Programm zur Verbesserung der Abwasserbehandlung in drei Städten im Norden des Landes. Dank einer nachhaltigen Abwasserstruktur sollen die Abwasserentsorgung und die Siedlungshygiene verbessert und die Verschmutzung der Oberflächengewässer und Grundwasserressourcen verringert werden. Zusammen

mit der Weltbank wird zudem ein Projekt zur Förderung erneuerbarer Energien unterstützt.

Im vietnamesischen Finanzsektor unterstützte das SECO Massnahmen für den nachhaltigen Gebrauch der öffentlichen Finanzen und die Entwicklung einer Strategie für den Bankensektor. Ein Projekt zur Förderung des Schutzes von geistigem Eigentum trug wesentlich dazu bei, dass die Gesetzgebung in Vietnam WTO-kompatibel ausgestaltet wurde und die Kompetenzen der zuständigen Behörden internationales Niveau erreichten. Das «Vietnam Cleaner Production Center» konnte sich auf dem Markt erfolgreich als Anbieter von Nachhaltigkeitsdienstleistungen für kleine und mittlere Betriebe etablieren. |



**In Vietnam beteiligt sich das SECO an der Verbesserung der Abwasserentsorgung und Siedlungshygiene. Die Verschmutzung der Oberflächengewässer und der Grundwasserressourcen soll verringert werden.**

**Transparentes Unternehmertum** Mit dem im Oktober 2010 lancierten «Business-Registration-Reform»-Projekt sollen in Vietnam Innovation, Unternehmertum und Investitionen des Privatsektors gefördert werden. In einem ersten Schritt wurde ein landesweit einheitliches Handelsregister erstellt. Das vom SECO finanzierte Projekt will erreichen, dass rechtlich relevante Daten der Unternehmen wie beispielsweise Finanzberichte über das Internet öffentlich zugänglich gemacht werden.



Mit der Umwandlung von Wäldern in Ackerland kann die Nahrungsmittelproduktion gesteigert werden. Doch der Preis für die Umwelt ist hoch (Brandrodungen im

brasilianischen Regenwald im Bundesstaat Mato Grosso).

---

The End of Plenty

Das Wirtschaftswachstum in Lateinamerika lag in der zweiten Hälfte 2010 mit über 4% über dem weltweiten Durchschnitt von 3.9%. Trotz positiver Wirtschaftsentwicklung besteht in Lateinamerika aber weiterhin das weltweit grösste soziale Ungleichgewicht. Verschiedene Erfolge in der Armutsbekämpfung dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass 30% der Bevölkerung des Kontinents mit weniger als zwei US-Dollar pro Tag auskommen müssen und damit als arm gelten.

Die Andenstaaten Bolivien und Peru sowie Zentralamerika sind weiterhin die Schwerpunktregionen der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit. In Kuba wird ein Sonderprogramm geführt. Das Programm in Peru wird schrittweise umgebaut. Ab 2012 fokussiert sich die Zusammenarbeit auf die beiden globalen Schwerpunkte Klima und Wasser. Gleichzeitig hat das SECO mit dem Aufbau des Programms zur wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit mit Peru und Kolumbien begonnen.

Nach dem verheerenden Erdbeben in Haiti im Januar 2010 beauftragte der Bundesrat die DEZA mit der Ausarbeitung eines Sonderprogramms für den Wiederaufbau und mittelfristig für die Entwicklung des krisengeplagten Landes. Im März 2010 hat der Bundesrat einem verstärkten Engagement der DEZA in Haiti zugestimmt.

**Ausbildungsmassnahmen haben in Nicaragua und Honduras mehr als 67 000 Personen – darunter 28 000 Frauen – befähigt, kleine oder mittlere Produktionsunternehmen aufzubauen und dadurch ihre Einkommen zu verbessern.**

## Lateinamerika

Lateinamerika hat die globale Wirtschafts- und Finanzkrise besser überstanden als andere Weltregionen. Weit verbreitete Armut und grosse soziale Ungleichheiten bergen jedoch ein gewisses Konfliktpotenzial. Naturkatastrophen haben einige Länder empfindlich getroffen – allen voran den Inselstaat Haiti.

Die DEZA engagiert sich in Lateinamerika in den Schwerpunktbereichen Arbeit und Einkommen, natürliche Ressourcen, ländliche Entwicklung sowie in der Förderung einer guten Regierungsführung. Die Frage der Gleichberechtigung der Geschlechter ist als Querschnittsthema in allen Projekten und Programmen verankert. Ein besonderes Anliegen in der Zusammenarbeit mit den politisch stabiler gewordenen Ländern Lateinamerikas ist die optimale Nutzung von Synergien zwischen aussen- und entwicklungspolitischen Interessen. Eine stärkere Bürgerbeteiligung an den von der Schweiz mitgestalteten Dezentralisierungsprozessen stösst auf eine immer grössere Nachfrage.



### Arbeit und Einkommen

Bei der Berufsbildung macht sich das langjährige Engagement der DEZA immer mehr bezahlt. Schweizer Ausbildungsmassnahmen haben in Nicaragua und Honduras insgesamt mehr als 67 000 Personen – darunter 28 000 Frauen – befähigt, kleine oder mittlere



Produktionsunternehmen aufzubauen und im Rahmen der Wertschöpfung ihre Einkommen zu verbessern. Die Frauen haben dank einer Weiterbildung in Finanzfragen ein grosses unternehmerisches Selbstbewusstsein entwickelt. Viele sind in das Kleingewerbe eingestiegen. In Bolivien konnten dank unternehmerischen Ausbildungsmassnahmen der DEZA 12 000 Produzentinnen und Produzenten ihre Produktivität erhöhen und ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem Markt verbessern. Diese Massnahmen sollen in Zukunft auch in anderen Regionen des Landes umgesetzt werden.

In Kuba hat das DEZA-Programm zur wirtschaftlichen Entwicklung durch die Entlassung von über einer Million Angestellter aus dem öffentlichen Dienst eine grössere Bedeutung erlangt: Das Programm kann viele Leute bei der Suche nach alternativen Arbeits- und Erwerbsmöglichkeiten, vor allem in der Landwirtschaft, aktiv unterstützen.

### Natürliche Ressourcen

Die in Lateinamerika sehr erfolgreichen Metallsilos, die der besseren und längeren Lagerung von Mais und Bohnen dienen, werden neu in Afrika im DEZA-Schwerpunktland Tansania eingeführt. In Kuba ergab eine Erhebung im schweizerischen Programm zur

landwirtschaftlichen Unterstützung, dass die beteiligten Bauernfamilien ihre Bohnen-, Mais- und Reisproduktion zwischen 2007 und 2010 um durchschnittlich 53% zu steigern vermochten. Damit konnte ein wichtiger Beitrag zur Ernährungssicherung geleistet werden. In Bolivien wurden 2010 über das DEZA-Programm in vier Gemeinden im Hochland beinahe 2000 Hektaren Wald geschützt und 7200 einheimische Pflanzenarten wieder angebaut. Das Programm konnte damit zum Erhalt der Biodiversität des Landes beitragen. Wissen und Bewusstsein der Bevölkerung für die Bewahrung der natürlichen Ressourcen konnten geschärft werden. Lokale Sitten und Gebräuche im Umgang mit der Natur spielten dabei eine wichtige und positive Rolle.

### Ländliche Entwicklung und Regierungsführung

Hunderttausende von Landbewohnern in den Andenländern haben noch immer keinen Zugang zu formalen Rechtssystemen. In vier Provinzen im Hinterland Perus hat die Schweiz deshalb ein Programm zur Förderung des ländlichen Rechts- und Justizsystems lanciert, das einen besseren Zugang der Landbevölkerung zu Gerichten und die Ausbildung von Friedensrichterinnen und -richtern zur Schlichtung sozialer Konflikte in Gemeinden zum Ziel hat. Nach fünf Jahren konnten 2010 ermutigende Resultate verzeichnet werden: 2500 Personen wurden zu Friedensrichterinnen und -richtern ausgebildet, welche nun für über 150 000 Bewohner in den vier Provinzen den Zugang zum formalen Justizwesen sicherstellen. Die mit dem Schweizer Programm gemachten Erfahrungen im Bereich der kommunalen Gerichtsbarkeit hatten direkte Auswirkungen auf die nationale Gesetzgebung. So verabschiedete die peruanische Regierung 2010 ein Gesetz, welches der Landbevölkerung den Zugang zur lokalen Justiz sichern soll und ihnen erlaubt, soziale Konflikte auf kommunaler Ebene zu lösen. In Bolivien wurde auf Initiative der Schweiz eine

**2500 Personen wurden zu Friedensrichterinnen und -richtern ausgebildet, die nun für über 150 000 Menschen den Zugang zum formalen Justizwesen sicherstellen.**



allseits geschätzte Plattform aufgebaut welche die indigene und die formale staatliche Gerichtsbarkeit verbindet. Damit leistete die Schweiz einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Demokratie und einer staatsbürgerlichen Kultur im Land, die auch die indigenen Rechte sichern hilft.

In Bolivien wurde 2009 auf Initiative der DEZA eine Plattform gebildet, der Bauern und Bäuerinnen, universitäre Forschungsinstitute sowie die 2006 gegründete staatliche Forschungsanstalt für Land- und Forstwirtschaft angehören. Ziel ist, die Ernährungssicherheit, das Einkommen und damit auch die Lebensqualität der ländlichen Bevölkerung in vier Provinzen des Landes zu steigern. In gemeinsamen Versuchen wurde unter anderem eine biologische Pflanzensorte gezüchtet, welche früher ihre notwendige Reife erhält. Damit wird der Absatzzeitraum auf dem Markt verlängert.

Über 2500 Bauernfamilien konnten ihr Einkommen steigern und sich gesünder ernähren. Die arbeitsbedingte Binnenmigration von Bauern in die umliegenden Städte nahm entscheidend ab. Ausserdem wurde eine Bohnensorte mit einem höheren Eisenanteil entwickelt, welche rund 900 Bauern einen höheren Ernteertrag ermöglicht und zur besseren Gesundheit der Landbevölkerung beiträgt.

## Humanitäre Hilfe

Haiti stand im Zentrum der Aktivitäten der Humanitären Hilfe. Am 12. Januar 2010 erschütterte ein Erdbeben der Stärke 7 auf der Richterskala das Land. Das Epizentrum lag unweit der Hauptstadt Port-au-Prince. Über 220 000 Menschen starben, 300 000 wurden verletzt und rund 1.5 Millionen verloren ihr Heim. Die Humanitäre Hilfe stellte den Opfern des Erdbebens insgesamt 155 Tonnen Hilfsgüter bereit. Über 110 Expertinnen und Experten des Schweizerischen Korps für Humanitäre Hilfe (SKH) aus den Fachbereichen Medizin, Wasser und Hygiene sowie Notunterkünfte wurden in das Erdbebengebiet entsandt. Es handelte sich dabei um die grösste Soforthilfeaktion in der Geschichte der Humanitären Hilfe.

Während der ersten drei Monate nach der Katastrophe behandelte das Schweizer Medizinteam mehr als 800 Patientinnen und Patienten, nahm 620 oft lebensrettende chirurgische Eingriffe vor, assistierte bei 300 Geburten und behandelte Hunderte von Kindern. Mit dem zur Verfügung gestellten Baumaterial konnten 2000 Familien einfache Unterkünfte erstellen. Durch die Rehabilitation von fünfzig Trinkwasser-Verteilstellen erhielten in der Hauptstadt 50 000 Menschen drei Monate lang freien Zugang zu Trinkwasser. Auf multilateraler Ebene hat die Humanitäre Hilfe in einer ersten Phase dem IKRK, dem WFP und dem Büro der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) über 3.5 Millionen Franken sowie Fachleute für deren Soforthilfeaktionen zur Verfügung gestellt.

Im Juli 2010 hat die DEZA ein Kompetenzzentrum für den Wiederaufbau eröffnet. Das Zentrum soll

technische Unterstützung und Ausbildung für den fachgerechten Wiederaufbau sowie einen Beitrag zur besseren Koordination der zahlreichen Wiederaufbauprogramme leisten. Als erste und einzige Organisation erhielt die DEZA vom Erziehungsministerium die Bewilligung für den Bau von zwei permanenten öffentlichen Schulen. Mit dem Bau dieser Modellschulen für 1450 Schülerinnen und Schüler wurde Ende 2010 begonnen. Auf die zusätzliche humanitäre Herausforderung aufgrund der Choleraepidemie reagierte die Humanitäre Hilfe mit Experteneinsätzen, medizinischen Hilfsgütern und Finanzbeiträgen, namentlich unterstützte sie die zuständige Wasserbehörde, Aktivitäten von Schweizer Nichtregierungsorganisationen und das «Hôpital Albert Schweitzer».

**Haiti stand im Zentrum der Aktivitäten der Humanitären Hilfe.**

**Verbesserter Zugang zu Finanzdienstleistungen**  
**Der verbesserte Zugang zu Mikrokrediten und weiteren Finanzdienstleistungen im Versicherungsbereich wird für die arme Landbevölkerung in Nicaragua und Honduras immer mehr zum Schlüssel der Existenzsicherung. Die von der DEZA unterstützten Mikrofinanzinstitutionen spielen gerade für Frauen eine zentrale Rolle. Zwischen 2009 und 2010 konnten 149 000 Menschen in Nicaragua ihr Einkommen dank Krediten um durchschnittlich 75% steigern. In Honduras profitierten 152 000 Kunden. Die Einkommenserhöhung lag dort bei durchschnittlich 60%. In beiden Ländern vermochten fast 66 000 Kleinunternehmen ihre Wertschöpfung zu verbessern und damit ihren Umsatz zu steigern. Die zusätzlichen Einkommen wurden nachweislich für die Schulbildung der Kinder, für den Zukauf von Agrarland und für eine verbesserte Gesundheitsvorsorge eingesetzt.**

Der interne Konflikt in Kolumbien hat zu rund vier Millionen intern Vertriebenen geführt. Die DEZA engagiert sich weiterhin für die Opfer des bewaffneten Konflikts. Um den Schutz der Zivilbevölkerung zu verbessern, arbeitet die DEZA eng mit internationalen Organisationen (IKRK, UNHCR, WFP, OCHA), Hilfswerken sowie dem Programm der Regierung zur Aufklärung über Minenrisiken zusammen.

## Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit

In Kolumbien unterstützt das SECO seit 2009 den Dezentralisierungsprozess, die nachhaltige Gestaltung des Handels und den Transfer von Umwelt- und Klimatechnologien. Die Schwerpunkte lagen 2010 bei flankierenden Massnahmen zum EFTA-Freihandelsabkommen, bei der Förderung eines günstigen

Geschäftsumfeldes für die Privatwirtschaft und bei der Modernisierung der Infrastruktur, insbesondere des nationalen Umweltmessnetzes. Hierzu wurde ein neues Projekt zur Frühwarnung meteorologischer Ereignisse aufgelegt. Die schweren Unwetter im Jahr 2010 haben die Bedeutung dieses Projektvorhabens unterstrichen.

Damit Kolumbien das bilaterale Freihandelsabkommen besser nutzen kann, liess das SECO durch das Schweizer Importförderprogramm SIPPO und die kolumbianische Exportagentur ProExport fünf Marktstudien in erfolgversprechenden Branchen erstellen: Software, Bekleidung, verarbeitete Nahrungsmittel, Kosmetik und Bioprodukte. Zusammen mit der Internationalen Arbeitsorganisation wurde das Programm SCORE lanciert, welches kleinen und mittleren

Unternehmen im kolumbianischen Textilsektor hilft, die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Dank motivierten Mitarbeitenden können die exportorientierten Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern.

Auch im Partnerland Peru stärkte das SECO lokale Dienstleistungserbringer für die Exportwirtschaft und unterstützte den Handel mit Biodiversitätsprodukten. So erfreut sich beispielsweise die Inka-Nuss «Sacha Inchi» in der Schweiz stetig steigender Beliebtheit, da daraus gesunde Omega-Fettsäuren gewonnen werden können. Ausserdem ermöglichte das SECO die Erarbeitung eines Exportführers für peruanische Produkte für den Zielmarkt Schweiz sowie den Aufbau von öffentlich-privaten Plattformen zur Förderung des Tourismussektors. Neben den flankierenden Massnahmen zum Freihandelsabkommen unterstützte die Schweiz auch verschiedene Beratungs- und Ausbildungsprogramme im Finanzsektor.

Guatemala verfügt dank dem Engagement des SECO über das modernste Koordinatennetz Lateinamerikas. 2010 wurde das Katasterprojekt erfolgreich weitergeführt. Zudem wurden Kurse für die Akkreditierung von offiziellen Geometern angeboten. Ein System für die Verwaltung territorialer Daten auf Gemeindeebene ist im Aufbau. Es soll später als Grundlage für die Erhebung einer Grundstücksteuer dienen. |

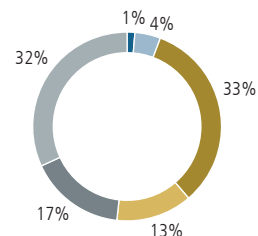
**Reduktion der Risiken von Naturkatastrophen**

Gemäss Beobachtungen der Rückversicherungsgesellschaft Munich Re ist der amerikanische Kontinent mit 365 registrierten Naturkatastrophen der von solchen Ereignissen am stärksten betroffene Kontinent. Nicht nur Erdbeben, sondern vor allem die heftigen Regenfälle und die damit verbundenen Überschwemmungen und Hangrutschungen setzten den Ländern Lateinamerikas zu. Die Humanitäre Hilfe unterstützt Projekte in Zentralamerika, in der Karibik und in den Andenländern zur besseren Prävention und Vorbereitung der Bevölkerung auf mögliche Naturkatastrophen. Die Massnahmen umfassen erdbebensicheres Bauen, die Unterstützung der Bevölkerung und der Behörden bei der Analyse der Risiken und das Bestimmen eigener Schutzmassnahmen sowie Hilfe im Bereich der Aus- und Weiterbildung von Rettungskräften. Fachkreise schätzen, dass mit dem heutigen Budget zur Reduktion der Risiken von Naturkatastrophen im Umfang von zehn Millionen Franken künftige Schäden um vierzig bis siebzig Millionen Franken pro Jahr reduziert werden können.

**Erfolgreiche Umweltberatung in Medellín**

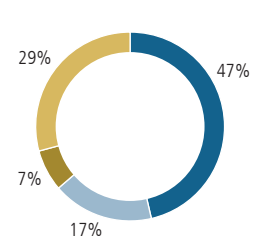
Das vom SECO unterstützte «Cleaner Production Center» in Medellín funktioniert heute als eigenständige Institution mit über zwanzig Mitarbeitenden und bietet spezialisierte Umweltberatungsleistungen an: Energie- und Ressourcensparprogramme, eine Internet-Abfallbörse, Lebenszyklusanalysen oder Klimaschutzprojekte. Das Zentrum greift auch innovative Themen auf, wie etwa die Eindämmung der Wasserbelastung (Water Footprint) in der kolumbianischen Industrie.

Lateinamerika: DEZA nach Themen 2010



- Gesundheit
- Bildung
- Landwirtschaft, Wasser und Umwelt
- Rechtsstaatlichkeit, Demokratie
- Andere (Wirtschaft und Beschäftigung/Konfliktprävention)
- Humanitäre Hilfe

Lateinamerika: SECO nach Themen 2010



- Privatsektorförderung
- Infrastrukturfinanzierung
- Makroökonomische Unterstützung
- Handelsförderung



Bescheidenes Abendbrot für die siebenköpfige Familie Tolentino in einem Dorf in der Nähe von Manila (Philippinen). Mehr als zwei

Drittel des Familieneinkommens werden für den Kauf von Nahrung gebraucht.

The End of Plenty



## Osteuropa und GUS

Die Länder des Westbalkans setzen ihren Weg in Richtung EU fort. Eine tiefe Rezession hat 2010 mehrere GUS-Staaten schwer getroffen. Zentralasien blickt angesichts der gewaltsamen Konflikte und der politischen Instabilität in eine ungewisse Zukunft.

Die schweizerische Ostzusammenarbeit beinhaltet die Transitionsunterstützung im Westbalkan und in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion sowie den Erweiterungsbeitrag zugunsten der neuen EU-Mitgliedstaaten. Die Schweizer Transitionshilfe unterstützt Staaten in ihrem Wandel zu rechtsstaatlichen, pluralistischen und marktwirtschaftlich orientierten Systemen. In den Ländern der GUS will die Ostzusammenarbeit gleichzeitig die Armut reduzieren, von der in den einzelnen Ländern zwischen einem Drittel und der Hälfte der Bevölkerung betroffen ist. Mit dem Erweiterungsbeitrag trägt die Schweiz zum Abbau sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheiten in der erweiterten Europäischen Union bei. Über diese Zusammenarbeit kann das Vertrauensverhältnis zwischen der Schweiz und den neuen EU-Mitgliedstaaten weiter ausgebaut werden. Die umgesetzten Programme eröffnen auch für den Schweizer Privatsektor neue Chancen.

Die GUS-Staaten wurden von der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008–2009 besonders stark getroffen. So sind die Rücküberweisungen der Arbeitsmigranten während und nach der Krise stark eingebrochen. Mehrere Länder waren überdies in den Jahren 2009 und 2010 von schweren Rezessionen betroffen.

Obgleich sich die Lage 2010 leicht verbessert hat, bereiten reduzierte Staatsbudgets und eingebrochene Familieneinkommen weiterhin Sorge. Die Schweizer Ostzusammenarbeit hat dazu beigetragen, die negativen Auswirkungen der Krise zu dämpfen, insbesondere bei den verletzlichsten Bevölkerungsgruppen.

Zunehmende Instabilität in Tadschikistan und gewaltsame Konflikte in Kirgisistan stellten die Ostzusammenarbeit im Jahr 2010 in Zentralasien vor besondere Herausforderungen.

### Westbalkan / Transitionshilfe

#### Rechtsstaatlichkeit und Demokratie

Die Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sind Kernelemente der Unterstützung des politischen Transitionsprozesses im Westbalkan. Mit ihrer direkt-demokratischen Tradition ist die Schweiz gut positioniert, solche Prozesse wirkungsvoll zu unterstützen. Qualitative gute und für alle Bevölkerungsgruppen zugängliche Gemeindedienstleistungen sowie die Möglichkeit zur politischen Teilhabe wirken sich direkt auf das Wohlergehen der Bevölkerung aus. Aus diesem Grund hat

die DEZA im Westbalkan in den letzten Jahren knapp die Hälfte der zur Verfügung stehenden Mittel in die Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie investiert. Diese Investitionen sind auch in der Perspektive der europäischen Integration des Westbalkans von Bedeutung: Das Fortschreiten im Integrationsprozess hängt unter anderem von der Erfüllung von Standards der guten Regierungsführung durch die Zentral- und Lokalregierungen ab.

## Stärkung von Gemeinden und Lokalregierungen

Die institutionelle Stärkung von Gemeinde- und Städteverbänden ermöglicht es den Gemeinden und Städten, ihre Interessen gegenüber den Zentralregierungen wirkungsvoller zu vertreten. Ausserdem verhelfen Programme für eine effizientere Verwaltungstätigkeit zu verbesserten Dienstleistungen der Lokalregierungen an die Bevölkerung. Dabei werden auch Möglichkeiten der politischen Teilhabe berücksichtigt.

Im Zuge der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise haben die Zentralregierungen im Westbalkan die Budgettransfers an die Lokalregierungen teils massiv gekürzt. Durch wirkungsvolle Interessenvertretung ist es den serbischen und mazedonischen Gemeindeverbänden gelungen, diesen Trend zu brechen. Der kosovarische Gemeindeverband konnte die Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen markant steigern, was als Anerkennung qualitativ guter Dienstleistungen angesehen werden darf. In Bosnien und Herzegowina haben 20% aller Gemeinden damit begonnen, eine Planungsmethode für EU-konforme Dienstleistungs-

erbringung anzuwenden. In Albanien hat in sechs Gemeinden die Umsetzung von lokalen Entwicklungsplänen eingesetzt, die vorgängig erstmals von der übergeordneten regionalen Behörde gutgeheissen worden waren. In Mazedonien hat die Praxis der Gemeindeforen als Form der Bürgerbeteiligung Eingang in die Statuten von 25 Gemeinden gefunden. 24 weitere Gemeinden wollen diesem Schritt folgen.

## Arbeit und Einkommen

Mehrere Programme haben sich auch 2010 damit befasst, in diversen Märkten die Aussichten auf Arbeit und Einkommen für bestimmte benachteiligte Bevölkerungsgruppen zu verbessern. Besonders in den Vordergrund gerückt ist im vergangenen Jahr das Thema Jugendarbeitslosigkeit. Mit innovativen Ansätzen soll in den nächsten Jahren besonders die Abstimmung zwischen beruflicher Ausbildung und Qualifikation sowie der Nachfrage des Arbeitsmarktes bearbeitet werden.

In Albanien unterstützt die Schweiz über den Ausbau des Berufsschulsystems die nationale Berufsbildungsreform auf verschiedenen Ebenen. Dazu gehören die Ausrichtung der Lehrpläne auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes, die Qualitätssicherung bei den angebotenen Fächern, die Zusammenarbeit mit allen Interessenvertretern von Schulen, Regierung und Wirtschaft sowie die Berücksichtigung der Bedürfnisse von marginalisierten Gruppen.

Die von der Schweiz unterstützten Aktivitäten decken unter anderem das gesamte Berufsfeld der Heizungs-, Lüftungs- und Sanitärtechnik in Albanien ab.

**Die Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sind Kernelemente der Unterstützung des politischen Transitionsprozesses im Westbalkan.**



## Gemeinschaft Unabhängiger Staaten / Transitionshilfe

### Arbeit und Einkommen

1990 verabschiedete Armenien als erste ehemalige Sowjetrepublik ein Gesetz zur Privatisierung von Land. Agrarland wechselte von staatlichem in privaten Besitz. An die Stelle grosser staatlicher Kolchosen traten kleine private Bauernbetriebe. In der Folge begann die Infrastruktur der Kolchosen zu zerfallen, Absatzkanäle für Agrarprodukte verschwanden, und wichtige Dienstleistungen wie die tierärztliche Betreuung waren nicht länger verfügbar. Entsprechend ist die armenische Landwirtschaft heute auf die Deckung des Eigenbedarfs ausgerichtet und verfügt nicht über eine ausreichende Marktintegration.

In der Region Syunik im Südosten Armeniens hilft die DEZA diese Probleme anzugehen, indem sie den Bauern den Zugang zum Markt erleichtert. Auch werden die Marktteilnehmer geschult, ihre Rolle effizienter wahrzunehmen. Die Aktivitäten konzentrieren sich auf die Milchwirtschaft und den Obst- und Gemüseanbau und decken die gesamte Wertschöpfungskette ab, von der Produktion bis zum Markt.

### Natürliche Ressourcen

Ende 2010 wurde das schweizerisch-ukrainische Forstentwicklungsprojekt in den Transkarpaten erfolgreich beendet. In den letzten sieben Jahren konnte die DEZA durch dieses Engagement einen wertvollen Beitrag zu einer nachhaltigeren Nutzung der Wälder leisten. Dies erlaubt es den Bewohnern der Region, vermehrt von den lokalen natürlichen Ressourcen zu profitieren. Heute schreibt die ukrainische Gesetzgebung vor, dass Wälder selektiv geschnitten und naturnah bewirtschaftet werden müssen. Das Forstentwicklungsprojekt hat in den vergangenen Jahren eng mit diversen Lehranstalten und den Forstwirtschaftsbehörden auf verschiedenen Ebenen zusammengearbeitet. Damit wurde sichergestellt, dass moderne Erkenntnisse der Forstwissenschaft Eingang in die Arbeitspraxis von Förstern und anderen in der Holzwirtschaft beschäftigten Personen fanden.

Ausserdem konnte das Projekt ein Bewusstsein dafür schaffen, dass die Lokalbevölkerung bei der forstwirtschaftlichen Planung stärker miteinbezogen werden muss. Mit dem Bau eines Wanderweges wurden erste Schritte in Richtung eines ökologisch sanften Tourismus in den ukrainischen Karpaten unternommen. Schliesslich führte eine im Rahmen des Projektes gemachte Ballungsanalyse des Holzsektors zu einigen vielversprechenden Initiativen des Privatsektors, etwa im Bereich der Möbelproduktion, wodurch nicht zuletzt auch Arbeitsplätze geschaffen werden.

Während der Lehrgänge, welche von der albanischen Berufsbildungsbehörde in Zusammenarbeit mit den Projektpartnern entwickelt wurden, wird grosser Wert auf regelmässigen Kontakt mit den entsprechenden Firmen, zeitgemässe Lehrpläne, moderne Ausrüstung und qualifiziertes Lehrpersonal gelegt. Im Schuljahr 2009–2010 meldeten sich an zehn Berufsbildungsinstitutionen erneut rund 300 Studierende für diese Lehrgänge an. Insgesamt werden bei Projektende rund 12% aller Berufsschülerinnen und -schüler in Albanien ihren vierjährigen Ausbildungsweg auf diese Weise bestreiten.

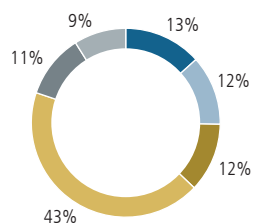
### Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Infrastrukturfinanzierung in den Bereichen Energie, Wasser und Abwasserreinigung bildet den Schwerpunkt des SECO-Engagements in Osteuropa. In Mazedonien wurde 2010 das Wasserprogramm mit grenzüberschreitenden Aktivitäten zur Wasseraufbereitung sowie einem Projekt zur Bewirtschaftung eines Wasser-Einzugsgebiets ergänzt. Diese Projekte helfen Mazedonien bei der Umsetzung der EU-Umweltvorschriften und folglich auch bei der Erfüllung der Rahmenbedingungen für einen zukünftigen EU-Beitritt.

In Serbien finanzierte das SECO eine Machbarkeitsstudie für ein Biomasse-Kraftwerk. Mit der Studie sollen die Herkunft und Verfügbarkeit von Biomasse abgeklärt werden. Gleichzeitig werden geeignete Technologien identifiziert, um die umliegenden Gebäude mit Strom und Wärme zu versorgen.

In den usbekischen Städten Samarkand und Bucharra konnten dank neuen Pumpsystemen die Energiekosten um 15% gesenkt und eine ständige Wasserversorgung sichergestellt werden.

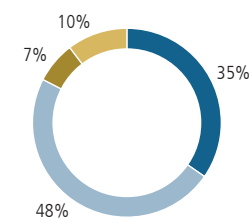
Osteuropa/GUS:  
DEZA nach Themen 2010<sup>1</sup>



- Gesundheit
- Bildung
- Landwirtschaft, Wasser und Umwelt
- Rechtsstaatlichkeit, Demokratie
- Andere (Wirtschaft und Beschäftigung/Konfliktprävention)
- Humanitäre Hilfe

1 Ohne EU-Erweiterungsbeitrag

Osteuropa/GUS:  
SECO nach Themen 2010<sup>1</sup>



- Privatsektorförderung
- Infrastrukturfinanzierung
- Makroökonomische Unterstützung
- Handelsförderung

1 Ohne EU-Erweiterungsbeitrag

## Wirtschaftliche Zusammenarbeit

In den GUS-Staaten konzentriert sich das SECO bei der Infrastrukturfinanzierung auf die Bereiche Energie, Wasser und Abwasserreinigung. Ein besonderes Augenmerk galt 2010 der Energieeffizienz, den erneuerbaren Energien und der wirtschaftlichen Stärkung der öffentlichen Dienste. Die Reduktion von Elektrizitäts- und Wasserverlusten trug zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Partnerländer bei.

In den usbekischen Städten Samarkand und Buchara konnte ein grosses Wasserprojekt zu Ende geführt werden. Dank neuen Pumpsystemen wurden die Energiekosten um 15% gesenkt und eine ständige Wasserversorgung sichergestellt. Mit einer Leistungsvereinbarung wurden die Verantwortlichkeiten der nationalen Wasserbehörde und der städtischen Wassergesellschaften klar geregelt. Weitere Projekte im Wassersektor sind in Zentralasien im Aufbau, unter anderem in Südkirgisistan.

Im Bereich der makroökonomischen Unterstützung wurde eine neue Partnerschaft mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) lanciert. Diese dient der Bereitstellung von technischem Know-how und deckt diverse Staaten aus der GUS und dem Balkan ab. Die dazugehörigen Projekte zielen auf die Verbesserung des öffentlichen Finanzwesens und die Entwicklung des Finanzmarktes in diesen Staaten ab.

Das SECO führte auch die regionalen Unterstützungsmassnahmen zur Verbesserung des Unternehmensumfeldes weiter. Eine in Aserbaidschan gemachte Studie bestätigte beträchtliche Kosteneinsparungen des Privatsektors dank erleichterter Unternehmensgründung. Tadschikistan und Kirgisistan machten zudem Fortschritte im Bereich der Besteuerungs- und Inspektionsreformen sowie der lokalen Unternehmensberatung.

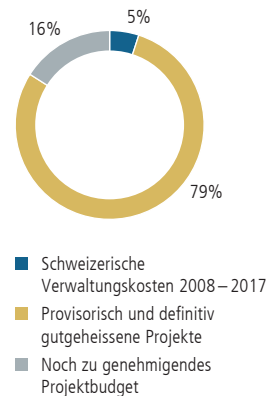
## Mitteleuropa und Baltikum / Schweizer Erweiterungsbeitrag

In Ungarn beteiligt sich die Schweiz an vier Projekten zur Verbesserung der fünfzig bis sechzig Jahre alten Wasserversorgungsinfrastruktur. Zahlreiche Leitungen bestehen aus Asbest-Zement und Gusseisen. Mehr als 200 000 Einwohner werden vom verbesserten Zugang zum Wasserversorgungsnetz und von erhöhter Wasserqualität profitieren. Durch die Sanierung und den Ersatz alter Hauptwasserleitungen wird die Anzahl Rohrbrüche abnehmen. Damit können die Unterhaltskosten reduziert und die Zuverlässigkeit der Wasserversorgung verbessert werden.

Die Umsetzung des Erweiterungsbeitrags in den zehn Ländern, welche 2004 der Europäischen Union beigetreten sind, verläuft planmässig. Mit Malta und Zypern konnte der Genehmigungsprozess abgeschlossen werden; bei den übrigen Ländern wurden wesentliche Fortschritte erzielt. Insgesamt hat die Schweiz bis Ende 2010 im Rahmen des Erweiterungsbeitrages 68 Projektvorschläge und 82 definitive Projekte für einen Gesamtbetrag von 788 Millionen Franken gutgeheissen.

Seit 2009 unterstützt die Schweiz auch die im Jahr 2007 der Europäischen Union beigetretenen Länder Rumänien und Bulgarien. Mit diesen zwei Staaten konnten im September 2010 Rahmenabkommen unterzeichnet werden. In beiden Ländern wurde Ende 2010 je ein erstes Projekt bewilligt. |

### Finanzielle Absorption des Erweiterungsbeitrags per Ende 2010



**Verbessertes Schultransportsystem** Im Rahmen des schweizerisch-lettischen Kooperationsprogramms hat die Schweiz 110 Schulbusse für Lettland mitfinanziert. Mit den Bussen wird in benachteiligten ländlichen Gebieten ein gut funktionierendes Schultransportsystem ermöglicht.





Geübte Hände trennen im internationalen Reisforschungsinstitut «Los Baños» (Philippinen) gute von den schlechten Samen. Viele

Regierungen haben ihre Investitionen in die Landwirtschaft gekürzt. Zu Unrecht?

The End of Plenty

Am MDG-Gipfel in New York im September 2010 zogen die Staaten nach zehnjährigen Anstrengungen Bilanz über die Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele. In zahlreichen Ländern wurden namhafte Fortschritte erzielt, und die MDG dürften dort bis 2015 erreicht werden. Die Fortschritte sind indessen ungleich verteilt: So bleiben die Ziele in den Bereichen Müttersterblichkeit und Umwelt in weiter Ferne. Von den ärmsten Ländern sind über vierzig von Konflikten, Gewalt und schweren Menschenrechtsverletzungen betroffen.

Der MDG-Gipfel hat eine Analyse der gegenwärtigen Entwicklungsprobleme ermöglicht und die politische Aufmerksamkeit und das Engagement für die Millenniumsentwicklungsziele erneuert. Zur Erreichung der MDG sind zusätzliche Anstrengungen nötig. Die multilateralen Institutionen sind dabei unentbehrliche Akteure.

Die Schweiz beteiligt sich an der Finanzierung der grossen multilateralen Agenturen und Entwicklungsbanken und nimmt Einsitz in deren Leitungsorganen. Sie nutzt diese Gelegenheit, um ihr wichtige Themen zu verteidigen, darunter die Realisierung der MDG mit einem besonderen Fokus auf der Armutsreduktion. Über ihr Präsidium der UNO-Generalversammlung während der Zeitspanne 2010–2011 kann die Schweiz ihre internationale Sichtbarkeit steigern.

**Der MDG-Gipfel hat eine Analyse der gegenwärtigen Entwicklungsprobleme ermöglicht und die politische Aufmerksamkeit und das Engagement für die Millenniumsentwicklungsziele erneuert.**

## Multilaterale Zusammenarbeit

Für die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele und die Bewältigung globaler Herausforderungen wie dem Klimawandel sind die multilateralen Organisationen unentbehrlich.

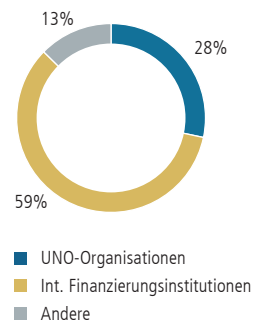
Die Schweiz beteiligt sich finanziell und inhaltlich an deren Aktivitäten. Sie hilft die Zusammenarbeit von Weltbank und UNO während und nach Krisensituationen stärken.

Im Hinblick auf den MDG-Gipfel hat die Schweiz ihren zweiten Zwischenbericht zur Umsetzung der MDG publiziert. Der vom Bundesrat verabschiedete Bericht ist auf der Website der DEZA abrufbar.

### Innovationen in der UNO

Mit dem Ziel, die Lebensbedingungen sowie die Einhaltung der Rechte der Frauen weltweit zu verbessern, wurde von der UNO-Generalversammlung die Einheit für die Gleichstellung und Ermächtigung der Frauen (kurz UN Women) ins Leben gerufen. Es handelt sich dabei um die Fusion von vier UNO-Einheiten. Bei der Aushandlung des Gründungsabkommens von «UN Women» hat die Schweiz eine Schlüsselrolle gespielt. So wurden das Mandat und die Funktionsweise der Einheit präzisiert. «UN Women» wird unter anderem für den Einbezug der Geschlechter-Dimension ins UNO-Entwicklungsprogramm zuständig sein.

Multilaterale APD der Schweiz 2010



Damit kann «UN Women» einen wichtigen Beitrag zur Realisierung der Millenniumsentwicklungsziele leisten, insbesondere bezogen auf die dringenden Verbesserungen im Bereich der Müttersterblichkeit.

Mit dem «Rahmen zur beschleunigten Erreichung der MDG» hat das UNDP ein weiteres Instrument zur Umsetzung der Millenniumsziele geschaffen. Die Initiative ermöglicht in fünfzig Ländern die Analyse der

**Erneuerbare Energien** Das SECO unterstützt einen Klima-Investitionsfonds der Weltbank zur Förderung erneuerbarer Energien in einkommensschwachen Ländern. Durch eine Kombination von öffentlichen und privaten Initiativen sollen wirtschaftliche und andere Barrieren überwunden und damit private Investitionen in erneuerbare Energien gefördert werden. Der Fonds soll aufzeigen, dass wirtschaftliches Wachstum und Entwicklung auf der Basis erneuerbarer Energien möglich ist. Als Mitglied der Steuerungsgruppe kann das SECO die Entscheide des Fonds massgeblich beeinflussen.

jeweiligen Herausforderungen und die Identifikation von realistischen Ansätzen zur schnelleren Erreichung der MDG. Die Umsetzung erfolgt in Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden.

## Entwicklungsbanken erhöhen ihr Engagement

Die Weltbank hat den MDG-Gipfel in New York dazu genutzt, um ihre Bestrebungen zur Realisierung der acht Millenniumsziele aufzuzeigen. Die Bank wird ihr Engagement im Gesundheits-, Bildungs- und Landwirtschaftsbereich verstärken. Im Gesundheitswesen wird sich die Weltbank auf 35 Länder in Süd- und Ostasien sowie Subsahara-Afrika konzentrieren, wo hohe Geburtenraten kombiniert mit Mangelernährung von Müttern und Kindern grosse Herausforderungen darstellen. Im Bildungsbereich wird die Weltbank ihre Mittel erhöhen und den Akzent auf jene Länder legen,

welche das MDG zur Bildung bis 2015 kaum erreichen dürften. Im Landwirtschaftssektor ist eine Verdoppelung der Mittel vorgesehen.

Die Wiederauffüllung der Mittel für die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) im Jahr 2010 erreichte ein Rekordniveau von annähernd fünfzig Milliarden US-Dollar. Die Weltbank wird diese Mittel in den ärmsten Ländern zur Armutbekämpfung und Wachstumsförderung einsetzen. Das Engagement in fragilen Ländern wird verstärkt, ebenso der Kampf gegen die negativen Auswirkungen des Klimawandels in den Entwicklungsländern.

Im Nachgang der Finanz- und Wirtschaftskrise haben die Weltbankgruppe wie auch die multilateralen Entwicklungsbanken entschieden, ihr Grundkapital zu erhöhen. Besonderes Gewicht messen die Entwicklungsbanken der verstärkten Förderung des Privatsektors bei.

## Partnerschaftsfonds von Weltbank und UNO

Die Schweiz hat einen Fonds zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen der Weltbank und den UNO-Agenturen während und nach Krisensituationen lanciert. Der Fonds erlaubt es, in ausgewählten Ländern Partnerschaften zu identifizieren zwischen den sich oft ergänzenden Aktivitäten von Weltbank und UNO. Erwartet werden präziser formulierte Programme, ein verstärkter Dialog in strategischer und operationeller Hinsicht, ein besseres Verständnis der jeweiligen Mandate und die Entwicklung von Instrumenten für eine verstärkte Zusammenarbeit vor Ort. |





Arbeiter in der fruchtbaren indischen Region Punjab fahren eine übergrosse Ladung Tierfutter zum Hof. Ertragsreiche Sorten, Bewässerung

und subventionierter Dünger haben in Indien geholfen, den Hunger zu bekämpfen. Bodendegradierung und die Ausschöpfung des Grund-

wassers stellen die Umwelt indessen vor grosse Probleme.

The End of Plenty

## Globale Themen

Umweltveränderungen, knapper werdende natürliche Ressourcen, Wasserknappheit, Pandemien, Migrationsbewegungen oder Verzerrungen im Welthandelssystem wirken sich auf das Wohlergehen von Menschen in allen Ländern aus – reichen und armen. Bei der Suche nach Antworten wirkt die Schweiz aktiv mit.



Armut hat lokale, regionale und globale Ursachen. Viele der heutigen Risiken für Wohlstand und Entwicklung kennen keine nationalstaatlichen Grenzen. Sie beeinflussen insbesondere die Entwicklungsperspektiven armer Länder. Die DEZA reagiert auf die veränderten entwicklungspolitischen Rahmenbedingungen mit vier Globalprogrammen in den Bereichen Klimawandel, Ernährungssicherheit, Migration und Wasser. In enger Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen, Bildungs- und Forschungsinstituten auf der einen und Partnerländern auf der anderen Seite werden Lösungen für eine global nachhaltige Entwicklung erarbeitet und umgesetzt. Das SECO leistet Beiträge in den Bereichen Klimawandel und ökonomische Gouvernanz und unterstützt Initiativen im Wasser- und Migrationsbereich.

### Klimawandel

Ein ungebremster Klimawandel führt unter anderem zu einer Zunahme der Häufigkeit und Intensität von extremen Wetterereignissen wie Dürren und Überschwemmungen. Die Auswirkungen des Klimawandels betreffen die ärmsten Länder und armen Bevölkerungsgruppen massiv. Letztere leben häufig in jenen ländlichen und städtischen Lebensräumen, welche für Extremwetterereignisse besonders anfällig sind.

Prognosen zufolge werden durch den steigenden Druck auf Energie- und Landressourcen mehr als 70% der globalen Treibhausgaszunahmen der nächsten Jahrzehnte in Schwellen- und Entwicklungsländern anfallen. In der Zusammenarbeit mit Indien, Peru, Südafrika und China arbeitet das DEZA-Globalprogramm Klimawandel an globalen, regionalen und lokalen Lösungen zur Anpassung an den Klimawandel sowie zu dessen Minderung.

In Indien hat die DEZA 2010 einen nationalen Politikdialog über Klimamassnahmen initiiert. Ein neues Projekt fördert die Verbreitung eines innovativen dezentralen Energieversorgungssystems, welches mit Biomasse arbeitet. Im Bundesstaat Sikkim unterstützt die DEZA seit 2010 die staatliche Agentur für erneuerbare Energien beim Aufbau einer neuen Einheit zur Förderung von Kleinstwasserkraftwerken. Ausserdem wurde im indischen Energiesektor eine Plattform für die Verbreitung von energieeffizienten Produktionsprozessen in kleinen und mittleren Unternehmen gegründet. Die durch den lokalen DEZA-Partner

unterstützten KMU konnten die Anteile gesundheits-schädlicher Partikel und Gase in ihren Emissionen reduzieren und ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoss um über 70 000 Tonnen verringern.

In Peru, Südafrika und China fliessen die mit der lokalen Bevölkerung, den Behörden und Kleinunternehmen erzielten Erfolge und gewonnenen Erfahrungen im Klimabereich in den lokalen, nationalen und regionalen Politikdialog mit den Nachbarländern ein. Im Dezember 2010 haben Vertreter von Peru und Indien die wichtigsten Elemente ihrer Programme an der UNO-Klimakonferenz in Cancún (Mexiko) präsentiert. In Peru setzen 1600 Familien aus 36 Gemeinwesen landwirtschaftliche Anpassungs- und Präventionsmassnahmen gegen Naturkatastrophen um. Die Erfahrungen sind bereits in die Ausarbeitung mehrerer regionaler Klimaanpassungspläne eingeflossen. Das lateinamerikanische Energieeffizienz-Programm für die Produktion von Backsteinen begann 2010 damit, die in Peru gewonnenen Technologien auch vergleichbaren Gewerbebetrieben in Argentinien, Brasilien, Bolivien, Kolumbien, Ecuador und Mexiko zugänglich zu machen.

In Südafrika und China unterstützte die DEZA 2010 nebst Anpassungsaktivitäten und Förderungsmassnahmen zur Energieeffizienz und Luftreinhaltung auch Monitoringsysteme im Bereich Energiepolitik.

Das SECO half 2010 Städten in Südafrika und Tansania Verwaltungsstrukturen zu etablieren und lokales Wissen aufzubauen, damit bei Investitionen im Bereich des öffentlichen Verkehrs, der Beleuchtung und der Abfallverwertung moderne klimaschonende Technologien zum Einsatz kommen. Die Unterstützung verschiedener Vorabklärungen ebnete den Weg für diverse Klimaschutzprojekte: Windmessung im Kosovo, energetische Verwertung von Fischabfällen in Ecuador, Solarlampen in abgelegenen ländlichen Gegenden Äthiopiens oder solargetriebene Wasserpumpen in Mali.

## Ernährungssicherheit

Ernährungsunsicherheit prägt weiterhin den Alltag von rund einer Milliarde Menschen. Die Reform der globalen Architektur der Ernährungssicherheit wurde im Jahr 2010 in verschiedenen Institutionen und Netzwerken weitergeführt.

Ein von der DEZA und dem SECO in Auftrag gegebener unabhängiger Bericht (siehe auch Kasten auf Seite 5) belegt, dass die zwischen 2003 und 2008 von der Schweiz im Landwirtschaftssektor investierten Mittel wirkungsvoll eingesetzt wurden. Die unterstützten Massnahmen ermöglichten die Steigerung der Produktion und Produktivität von Familienbetrieben, sie verbesserten die Rahmenbedingungen für den Handel und halfen die Wertschöpfungsketten zwischen Produzenten und Konsumenten zu optimieren. Der Bericht belegt weiter, wie sich die bilaterale und multilaterale Finanzierung im Bereich der Ernährungssicherheit ergänzen.

Mit dem Globalprogramm Ernährungssicherheit leistet die DEZA einen gezielten Beitrag im Kampf gegen Hunger und Armut. Das Programm unterstützt verschiedene Initiativen mit globaler Bedeutung wie das «International Rice Research Consortium». Das öffentlich-private Partnerschaftsprojekt ermöglicht grenzüberschreitendes Lernen und den Austausch aktueller landwirtschaftlicher Praktiken. 2010 hat das Programm in Süd- und Ostasien über 125 000 Bauern eine Bewässerungstechnik vermittelt, mit der bei gleichbleibenden Ernteerträgen bis zu 30% des Wassers eingespart werden kann. In Bangladesch führte die Technik zu geringeren Kosten für das Pumpen des Wassers und reduzierte den Brennstoffverbrauch. Gleichzeitig konnten die Bauern ihren Gewinn um 67 bis 97 US-Dollar pro Hektar steigern. In den nächsten Jahren soll die Bewässerungstechnik weiter ausgedehnt werden. Bei der Eindämmung der drohenden Wasserknappheit, welche bis 2025 15 Millionen Hektaren Reisfelder betreffen könnte, wird diese neue Technik mit grosser Wahrscheinlichkeit eine Schlüsselrolle spielen.

## Migration

Die internationale Migration nimmt auf der globalen Politikagenda weiterhin einen wichtigen Platz ein. Aktuellen Schätzungen zufolge überqueren weltweit 214 Millionen Menschen oder 3.1% der Weltbevölkerung Grenzen auf der Suche nach besseren Chancen.

Im Jahr 2010 hat das Globalprogramm Migration und Entwicklung der DEZA sein Mandat weiter konkretisiert. Im Mittelpunkt stehen die reguläre Migration sowie die positiven Auswirkungen der Migration auf die Entwicklung.

In Sri Lanka unterstützt die DEZA die Umsetzung des neuen nationalen Arbeitsmigrationsgesetzes. Migrantinnen und Migranten und ihre im Heimatland zurückgebliebenen Familien erhalten unter anderem rechtlichen Beistand, damit die Migration erfolgreicher verlaufen kann. Ähnliche Aktivitäten unterstützt die DEZA auch in Nepal und in Bangladesch. Ein weiteres Projekt soll 13 Länder im Mittleren Osten sowie in Subsahara-Afrika in ihren Bestrebungen unterstützen, Fachkräfte aus der Diaspora zurückzugewinnen sowie wirtschaftliche Anreize für Rücküberweisungen und Investitionen anzustreben.

Die Beiträge an das Globale Forum für Migration und Entwicklung wurden ausgebaut, unter anderem über die Ko-Präsidentschaft eines Runden Tisches zu den Auswirkungen von Migration auf wirtschaftliche und soziale Entwicklung und die Ko-Leitung einer Arbeitsgruppe zu Politikkohärenz und Forschung. Das Globale Forum fördert den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten und den übrigen Akteuren im Bereich der Migration und der Entwicklung. Es hilft, ein globales Verständnis von Migration und gemeinsame Mechanismen zu erarbeiten, welche die negativen Aspekte der Migration bekämpfen und die positiven fördern.

**In Indien fördert die DEZA ein neuartiges Energieversorgungssystem, welches mit Biomasse arbeitet.**

Zusammen mit anderen Schweizer Akteuren im Migrationsbereich hat das Globalprogramm die Planung der Schweizer Präsidentschaft des 5. Globalen Forums für Migration und Entwicklung vorangetrieben. In der innenpolitischen Diskussion genoss das Thema «Migration» auch 2010 einen hohen Stellenwert.

Eine vom SECO erarbeitete Broschüre über die verschiedenen Möglichkeiten von Rücküberweisungen aus der Schweiz erfreut sich grosser Beliebtheit. Mit der besseren Integration der Rücküberweisungen in das Finanzsystem soll deren entwicklungsfördernde Wirkung gesteigert werden.

## Wasser

900 Millionen Menschen haben keinen Zugang zu Trinkwasser und 2.6 Milliarden keinen Zugang zur sanitären Grundversorgung. Angesichts einer drohenden weltweiten Wasserkrise herrscht dringender Handlungsbedarf. Dies wurde 2010 sowohl auf globaler Ebene wie auch in der Schweiz vermehrt

**Sauberes Wasser** Ein in Genf entwickeltes Gerät ermöglicht die Produktion von täglich einem Liter Aktivchlor aus gewöhnlichem Kochsalz. Damit lassen sich 4000 Liter Wasser desinfizieren. Das Aktivchlor kann profitabel verkauft werden. In der Region Goma des Kongo (D.R.) erzielen Frauen aus dem Handel mit Aktivchlor ein Einkommen von 30 bis 200 US-Dollar pro Monat. Dank einfachem Betrieb lässt sich das Gerät auch in abgelegenen Gebieten einsetzen.

anerkannt. Indem die UNO-Generalversammlung den Zugang zu Wasser und sanitärer Grundversorgung zu einem Menschenrecht erklärte, hat sie einen Meilenstein gesetzt. Die DEZA hatte sich über mehrere Jahre in multilateralen Organisationen für diesen Schritt stark gemacht und die Schweizer Position mitgeprägt.

Ein neues Projekt zielt darauf ab, armen Menschen Zugang zu kostengünstigen Mikro-Bewässerungssystemen und Wasser-Desinfektions-Kits zu verschaffen. In diesem Rahmen konnte in Zentralamerika die lokale Produktion von «Low-Cost»-Systemen zur Tropfen- und Sprinkler-Bewässerung lanciert werden. Damit muss die entsprechende Technik nicht mehr aus Indien importiert werden. Wasser-Desinfektions-Kits kamen beim humanitären Einsatz in Pakistan breit zum Einsatz.

In Kolumbien wurde der Wasserfussabdruck für die Herstellung von Produkten von vier multinationalen Schweizer Unternehmen analysiert und Massnahmen

zur Reduktion des Wasserverbrauchs ausgearbeitet. Aus dem Projekt sollen auch Erkenntnisse gewonnen werden für die Entwicklung einer ISO-Norm zum Wasserfussabdruck. Die Schweiz spielt hier eine führende Rolle.

«Solidarit'eau suisse» – eine Initiative von Schweizer Gemeinden und Wasserwerken, Schweizer Hilfswerken, des schweizerischen Vereins des Gas- und Wasserfaches und der DEZA – vermittelt Entwicklungsprojekte im Bereich Wasser und sanitäre Grundversorgung und ermöglicht Schweizer Gemeinden ein solidarisches Engagement im Wassersektor von Entwicklungsländern. Im Jahr 2010 haben zehn Gemeinden insgesamt 400 000 Franken dafür eingesetzt. Dies ist weit mehr, als der Aufbau der Plattform ursprünglich gekostet hatte. Zwischen den Wasserwerken von Lausanne und Nouakchott in Mauretanien ist eine vielversprechende Partnerschaft entstanden.

## Wirtschaftliche Gouvernanz

Im Zuge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise hat das Thema «wirtschaftliche Gouvernanz» weiter an Bedeutung gewonnen. Dies betrifft einerseits die staatliche Wirtschaftspolitik, wo es vorwiegend um die Auswirkungen der regulatorischen Reformdiskussion in den Industrieländern auf die Entwicklungs- und Transitionsländer geht; und andererseits Verhaltensregeln für den Privatsektor, bei denen die soziale Verantwortung der Unternehmen sowie die Überprüfung der Normen und Leitlinien für die Corporate Governance im Zentrum stehen.

Auf operativer Ebene wurden die Bemühungen um die solide Verwaltung der öffentlichen Finanzen und die Festlegung wirksamer Rahmenbedingungen für die Geschäftstätigkeit intensiviert. Daneben hat das SECO seine Unterstützung des «Global Corporate Governance Forums» weiter vertieft, einerseits zum Aufbau von regionalen, in den Partnerländern verankerten Kompetenzzentren, und andererseits zur Umsetzung spezifischer Aktivitäten in Schwerpunktländern des SECO (Ägypten, Aserbaidschan, Indonesien und Kolumbien). Dies stellt einen wichtigen Beitrag zur Finanzstabilität und zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum in den Partnerländern dar. |

Im Hafen von Manila wird Reis aus Vietnam abgeladen. Um den Bedarf der Bevölkerung zu decken, sind die Philippinen nebst eigener

Reis-Produktion auch auf Importe angewiesen.

---

The End of Plenty



## Institutionelle Partnerschaften

**Bei der Umsetzung ihrer Programme setzt die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit auf enge Partnerschaften mit NGOs, mit dem Privatsektor und der Forschung.**

Ein erfolgreiches Zusammenspiel von Staat, Zivilgesellschaft und Privatsektor ist eine zentrale Voraussetzung für eine wirksame Entwicklungszusammenarbeit. Institutionelle Partnerschaften sind vordringlich, um Entwicklungsengpässe und neue Herausforderungen zu bewältigen. DEZA und SECO arbeiten mit Nichtregierungsorganisationen (NGOs), dem Privatsektor und schweizerischen Forschungsinstitutionen zusammen.

Zu den thematischen Schwerpunkten der DEZA mit Schweizer NGOs gehörten 2010 der Armutsfokus in den Programmen, neue entwicklungspolitische Herausforderungen wie Klimawandel und Migration sowie die Kohärenz zwischen Entwicklungspolitik und Sektorpolitiken. Partnerschaften zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor (Public Private Development Partnerships) werden gefördert, beispielsweise eine Partnerschaft mit dem Privatsektor im Bereich Ernährungssicherheit, in der auch Schweizer Unternehmen eine wichtige Rolle spielen. Neue Initiativen betreffen die Umsetzung freiwilliger Standards bei Agrarinvestitionen und beim Aufkauf von Landreserven. Die DEZA beteiligt sich an der Wasserinitiative des World Economic Forum und trägt – zusammen mit Unternehmen und der Zivilgesellschaft – zur Durchsetzung eines nachhaltigen regionalen Wassermanagements bei.

Die DEZA setzt als Antwort auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission (2009) in der Zusammenarbeit mit NGOs ein neues Modell für das Beitragswesen ein. Dieses ermöglicht die nötige Transparenz in der Vergabe von Programmbeiträgen. Im Bereich der Mandate hat die DEZA Weisungen und Abläufe überarbeitet und wendet verstärkt das Wettbewerbsprinzip an.

Das SECO arbeitete mit Schweizer Hochschulen unter anderem in wirtschaftspolitischen Fragen und im Bereich der öffentlichen Finanzen sowie in Steuerfragen zusammen. Mit der EMPA besteht eine langjährige Partnerschaft zur Förderung der Nachhaltigkeit in Unternehmen aus Entwicklungsländern. Weiter unterstützte das SECO öffentlich-private Partnerschaften sowie Initiativen zur Beteiligung des Privatsektors im Infrastrukturbereich und Massnahmen zur gezielten Förderung des Privatsektors. |

## Organisationsaspekte

**Die DEZA und das SECO verlagern zunehmend Management-Aufgaben in die Aussenstellen. Der Fokus auf Resultate und Wirkung wird verstärkt.**

2010 wurden neue Management-Massnahmen in der Zusammenarbeit Zentrale-Aussenstellen (Phase 2 der Reorganisation) mit Arbeitsinstrumenten, Standards und Instrumenten für das interne Kontrollsystem umgesetzt. Diese sollen insgesamt die Wirksamkeit der Programme verbessern.

Zahlreiche operationelle und administrative Aufgaben werden neu den Aussenstellen übertragen. Mit einem Personaltransfer von der Zentrale in die Aussenstellen verstärkt die DEZA die Präsenz vor Ort.

Leistungsvereinbarungen regeln die Zusammenarbeit mit der Direktion für Ressourcen, mit Information EDA und mit dem EDA Generalsekretariat.

Die DEZA hat die Empfehlungen umgesetzt, welche die Geschäftsprüfungskommission des Ständerates in ihrem Bericht von 2006 in Bezug auf die strategische Führung ausgearbeitet hatte. Bis im Jahr 2012 soll die Reorganisation abgeschlossen werden.

Das SECO hat sein Projektportfolio in den sieben Schwerpunktländern (Südafrika, Kolumbien, Ägypten, Ghana, Indonesien, Peru und Vietnam) konsolidiert. Als Grundlage dienten die 2009 vom Bundesrat verabschiedeten Strategien für die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Über die jährliche Überprüfung dieser Strategien wird die Wirksamkeit der Programme evaluiert. Der Aufbau der Ressourcen im Feld ist beendet und erlaubt eine verstärkte Delegation von Aufgaben und Verantwortlichkeiten. |



Die Ernährungskrise von 2007 und 2008 hat tiefe Spuren hinterlassen. Während einem Jahr hat der Fotograf John Stanmeyer auf fast allen Kontinenten die Ursachen und Auswirkungen steigender Nahrungsmittelpreise dokumentiert. Seine Reportage unter dem Titel «The End of Plenty» erlaubt einen tiefen Einblick in die Art und Weise, wie wir uns ernähren.

The End of Plenty

#### Impressum

Herausgeber:  
Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA)  
**Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)**  
Freiburgstrasse 130  
3003 Bern  
Telefon +41 31 322 44 12  
[www.deza.admin.ch](http://www.deza.admin.ch)  
[info@deza.admin.ch](mailto:info@deza.admin.ch)

Eidg. Volkswirtschaftsdepartement (EVD)  
**Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO)**  
Holzikofenweg 36  
3003 Bern  
Telefon +41 31 324 09 10  
[www.seco-cooperation.admin.ch](http://www.seco-cooperation.admin.ch)  
[info@seco-cooperation.ch](mailto:info@seco-cooperation.ch)

Redaktion/Koordination/Statistik:  
Direktionsstab DEZA  
Kommunikation SECO

Grafik/Konzept:  
Bruno Caderas, Zürich  
Urs Scheiwiler, Zürich  
[www.caderas.ch](http://www.caderas.ch)

Fotos:  
«The End of Plenty» John Stanmeyer/VII

Projektfotos:  
Seite 12 Till Förster  
Seite 13 PHOTOPRESS/Alexandra Wey  
Diego Fernandez  
Seite 17 PHOTOPRESS/Alexandra Wey  
Seite 19 Toni Linder/DEZA  
PHOTOPRESS/Alexandra Wey  
Seite 21 DEZA  
Seite 22 DEZA  
International Potato Center (CIP)  
DEZA  
Seite 27 Vladimir Pirogov  
Seite 29 Rémy Steinegger/DEZA  
Thomas Jenatsch/DEZA  
Seite 34 Kuno Schläfli/DEZA

Druckerei:  
Werner Druck AG  
4001 Basel

Der Jahresbericht ist in Deutsch, Französisch  
und Englisch erhältlich.  
Weitere Exemplare können bestellt werden bei  
[info@deza.admin.ch](mailto:info@deza.admin.ch) oder über  
Telefon +41 31 322 44 12

Bern 2011



# Statistik 2010

Internationale Zusammenarbeit der Schweiz



## Einleitung

### Diese Broschüre beinhaltet zwei Teile:

- die Zahlen der öffentlichen Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz
- die für die internationale Zusammenarbeit aufgewendeten Gelder der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO, Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)

### Öffentliche Entwicklungshilfe (APD): Erklärungen

- Die öffentliche Entwicklungshilfe (APD) umfasst gemäss internationaler Definition alle Finanzströme an Entwicklungsländer und -regionen (zurzeit 152) sowie an multilaterale Entwicklungsorganisationen, die (i) aus dem öffentlichen Sektor stammen; (ii) vorrangig auf die Erleichterung der wirtschaftlichen Entwicklung und die Verbesserung der Lebensbedingungen abzielen; (iii) zu Vorzugsbedingungen gewährt werden.
- Die Leistungen der Geberländer des Entwicklungshilfeausschusses (DAC) der OECD werden in der Regel anhand der Prozente der APD bezogen auf das **Bruttonationaleinkommen (BNE)** gemessen.
- Um die Vergleichbarkeit und die Transparenz der APD-Leistungen seiner 23 Mitgliedsstaaten sicherzustellen, hat der DAC umfassende statistische Richtlinien ausgearbeitet, welche die Berechnungsgrundlagen der Mitgliedsländer regeln. Diese Richtlinien definieren die Aktivitäten und die Beiträge, die als APD deklariert werden dürfen. Die Richtlinien werden periodisch aktualisiert.
- Die **APD-Leistungen der Schweiz** umfassen im Wesentlichen die Ausgaben der DEZA und des SECO, der zwei Organe, die mit der Ausführung des Bundesgesetzes über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe beauftragt sind. Weitere Bundesämter sowie 25 Kantone und rund 200 Gemeinden beteiligen sich ebenfalls an der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz. Entsprechend der Berechnungspraxis des DAC berücksichtigt die Schweiz in ihrer APD seit mehreren Jahren auch die bilateralen Entschuldigungsmaßnahmen (im Rahmen des Pariser Klubs) und die Kosten für Asylsuchende aus Entwicklungsländern während ihres ersten Jahres in der Schweiz.

### Fachliche Anmerkungen

- Es wird nicht automatisch die Gesamtheit der jährlichen Ausgaben der DEZA und des SECO, die in der Staatsrechnung aufgeführt sind, in den Statistiken der APD abgebildet. Gemäss den internationalen Richtlinien müssen gewisse statistische Anpassungen vorgenommen werden (nicht inbegriffen sind Zahlungen an Länder, die nicht auf der Liste der Entwicklungsländer aufgeführt sind, andere Berechnungsmethode für spezifische multilaterale Beiträge).
- Die Beteiligung der DEZA und des SECO an der Erweiterung der Europäischen Union (EU) wird in dieser Broschüre nicht im Detail aufgeführt (siehe [www.enweiterungsbeitrag.admin.ch/](http://www.enweiterungsbeitrag.admin.ch/)).

### Verwendete Zeichen

- 0.0 = Betrag ist kleiner als 50.000 Fr.
- p = provisorische Zahlen
- = Betrag ist null
- r = revidierte Zahlen
- .. = keine Angaben

Detaillierteres Zahlenmaterial findet sich in der jährlich erscheinenden Broschüre «Entwicklungshilfe der Schweiz» der DEZA und auf den Internetseiten der DEZA und des SECO:  
[www.deza.admin.ch/de/Home/Die\\_DEZAZahlen\\_und\\_Fakten](http://www.deza.admin.ch/de/Home/Die_DEZAZahlen_und_Fakten)  
[www.seco-cooperation.admin.ch/](http://www.seco-cooperation.admin.ch/)

# Öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz

Seite 4–15

# Ausgaben DEZA/SECO

Seite 17–31

## Öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz

Tabelle 1

### Entwicklung der öffentlichen Entwicklungshilfe (APD) und der privaten Spenden der NGOs der Schweiz 1960–2010 (Mio. Fr.)

	1960	1970	1980	1990
<b>APD</b>	<b>15.1</b>	<b>130.0</b>	<b>423.1</b>	<b>1 041.4</b>
Bund	15.1	126.4	416.7	1 025.6
Kantone und Gemeinden <sup>a</sup>	..	3.6	6.4	15.8
Bruttonationaleinkommen (BNE) <sup>b</sup>	37 066	92 570	177 270	326 102
<b>APD in % des BNE</b>	<b>0.04%</b>	<b>0.14%</b>	<b>0.24%</b>	<b>0.32%</b>
APD in % der Ausgaben des Bundes	0.56%	1.63%	2.38%	3.29%
APD in % der öffentlichen Ausgaben <sup>c</sup>	0.23%	0.64%	0.90%	1.20%
<b>Private Spenden der NGOs</b>	<b>..</b>	<b>50.8</b>	<b>106.6</b>	<b>148.6</b>
Private Spenden der NGOs in % des BNE	..	0.05%	0.06%	0.05%

a Schätzung für 2010.

b BNE seit 1995, BSP für die früheren Jahre.

c Bis 2007 definitive Zahlen, provisorische für 2008 und 2009 (Bundesamt für Statistik).

Für 2010 Schätzung der Eidgenössischen Finanzverwaltung (Februar 2011).

c Ausgaben der öffentlichen Haushalte, bereinigt um Doppelzählungen (BFS/EFV).

	2000	2006	2007	2008	2009 <sup>f</sup>	2010 <sup>p</sup>
<b>APD</b>	<b>1 510.9</b>	<b>2 063.3</b>	<b>2 021.5</b>	<b>2 234.0</b>	<b>2 503.9</b>	<b>2 393.2</b>
Bund	1 488.6	2 029.6	1 982.4	2 191.3	2 460.0	2 348.2
Kantone und Gemeinden <sup>a</sup>	22.3	33.7	39.1	42.7	43.9	45.0
Bruttonationaleinkommen (BNE) <sup>b</sup>	450 327	527 855	526 226	505 998	557 495	588 020
<b>APD in % des BNE</b>	<b>0.34%</b>	<b>0.39%</b>	<b>0.38%</b>	<b>0.44%</b>	<b>0.45%</b>	<b>0.41%</b>
APD in % der Ausgaben des Bundes	3.21%	3.94%	3.75%	3.95%	4.30%	4.04%
APD in % der öffentlichen Ausgaben <sup>c</sup>	1.23%	1.45%	1.38%	1.49%	1.71%	1.60%
<b>Private Spenden der NGOs</b>	<b>272.0</b>	<b>507.5</b>	<b>424.7</b>	<b>436.4</b>	<b>380.9</b>	<b>..</b>
Private Spenden der NGOs in % des BNE	0.06%	0.10%	0.08%	0.09%	0.07%	..

Siehe Zeitreihen:

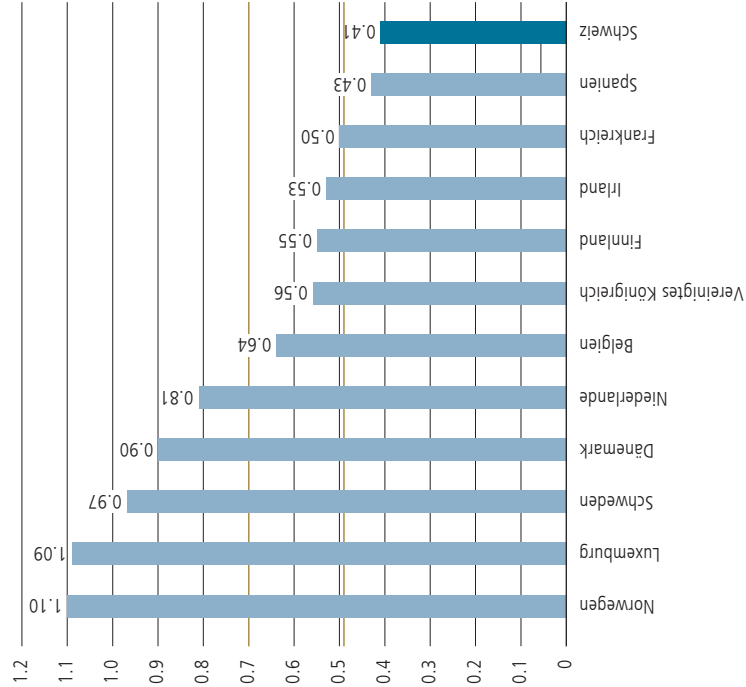
[www.deza.admin.ch/de/Home/Die\\_DEZA/Zahlen\\_und\\_Fakten/APD/Entwicklung\\_der\\_APD](http://www.deza.admin.ch/de/Home/Die_DEZA/Zahlen_und_Fakten/APD/Entwicklung_der_APD)

2010 ist die öffentliche Entwicklungshilfe (APD) im Vergleich zum Bericht 2009 um 4.5% gesunken. Dieser Rückgang ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Schweiz 2010 geringere bilaterale Entschuldungsmassnahmen ergriff. Der Rückgang ist auch eine Folge des starken Wirtschaftswachstums: Ausgedrückt in Prozenten des Bruttonationaleinkommens (BNE) fiel die APD von 0.45% im Jahr 2009 auf 0.41% im Jahr 2010.

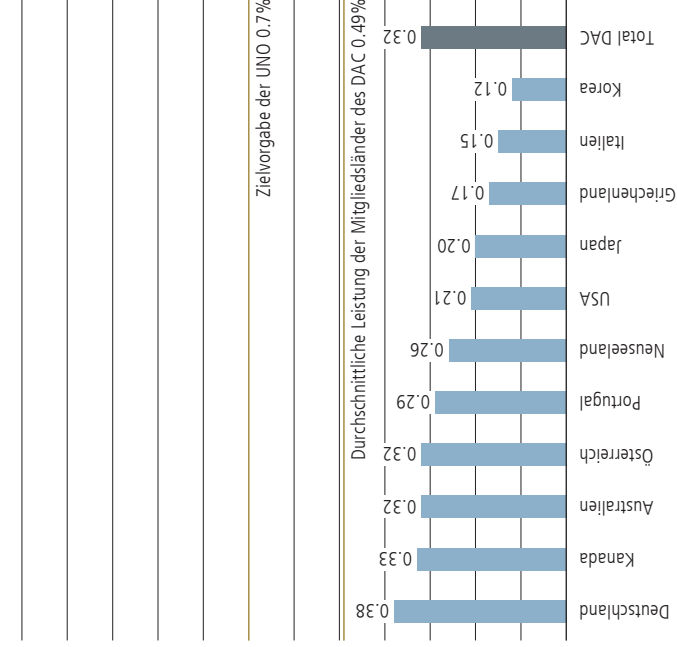
Öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz

Grafik 1

Die Schweiz im internationalen Vergleich 2010  
(APD in % des BNE)



Provisorische Zahlen OECD/DAC für alle DAC-Länder vom 6. April 2011.



Gemäss den provisorischen Zahlen des Entwicklungshilfeausschusses (DAC) der OECD liegt die APD der 23 Mitgliedstaaten im Jahr 2010 mit 128.7 Milliarden US-Dollar auf dem höchsten je erreichten Niveau. Die durchschnittliche Leistung der DAC-Länder betrug 0.49%. Nur fünf Länder haben das von den Vereinten Nationen 1970 festgelegte Ziel von 0.7% übertroffen, und fünf weitere Länder liegen oberhalb der Durchschnittsrate. Obwohl der Anteil der APD am BNE mit 0.41% im Vergleich zu 2009 niedriger ausfiel, hat die Schweiz im Jahr 2010 den 12. Platz beibehalten können.

## Öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz

Tabelle 2

### Öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz 2009 – 2010 (Mio. Fr.)

<b>Bund</b>			
<b>Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)</b>			
Humanitäre Hilfe			
Entwicklungszusammenarbeit			
Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS			
<b>Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO)</b>			
Entwicklungszusammenarbeit			
Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS			
Entschuldigungsmaßnahmen (Pariser Klub)			
<b>Bundesamt für Migration (BFM)</b>			
Rückkehrhilfe			
Hilfe an Asylsuchende in der Schweiz			
<b>Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA)</b>			
Zivile Friedensförderung und Menschenrechte			
Andere			
<b>Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)</b>			
Friedensfördernde Massnahmen und Sicherheit			
Ausrüstung zu humanitären Zwecken			
<b>Bundesamt für Umwelt (BAFU)</b>			
davon: Beiträge an internationale Organisationen			
<b>Staatssekretariat für Bildung und Forschung (SBF)</b>			
davon: Stipendien an ausländische Studierende in der Schweiz			
<b>Andere Bundesämter</b>			
<b>Kantone und Gemeinden<sup>a</sup></b>			
<b>Total</b>			
<b>APD in % des Bruttonationaleinkommens (BNE)</b>			

a Schätzung für 2010.

	2010 <sup>p</sup>		2009 <sup>r</sup>			
	APD bilateral	APD multilateral	Total APD	APD bilateral	APD multilateral	Total APD
	<b>1 749.1</b>	<b>599.2</b>	<b>2 348.2</b>	<b>1 853.6</b>	<b>606.4</b>	<b>2 460.0</b>
	<b>979.9</b>	<b>516.8</b>	<b>1 496.7</b>	<b>961.4</b>	<b>517.8</b>	<b>1 479.2</b>
	283.0	27.5	310.5	270.9	28.1	299.0
	590.3	489.3	1 079.6	581.3	489.7	1 071.0
	106.6	–	106.6	109.2	–	109.2
	<b>243.7</b>	<b>4.7</b>	<b>248.4</b>	<b>386.8</b>	<b>5.3</b>	<b>392.1</b>
	153.0	4.7	157.6	155.1	4.7	159.9
	59.1	–	59.1	55.2	0.5	55.7
	31.6	–	31.6	176.5	–	176.5
	<b>395.5</b>	–	<b>395.5</b>	<b>379.9</b>	–	<b>379.9</b>
	14.4	–	14.4	13.2	–	13.2
	381.1	–	381.1	366.7	–	366.7
	<b>67.7</b>	<b>25.8</b>	<b>93.6</b>	<b>63.9</b>	<b>24.2</b>	<b>88.0</b>
	61.1	8.0	69.1	57.6	8.0	65.6
	6.6	17.8	24.4	6.3	16.2	22.5
	<b>41.3</b>	<b>7.6</b>	<b>48.9</b>	<b>38.4</b>	<b>7.7</b>	<b>46.1</b>
	41.2	7.6	48.8	38.0	7.7	45.8
	0.1	–	0.1	0.4	–	0.4
	<b>8.4</b>	<b>33.8</b>	<b>42.2</b>	<b>5.4</b>	<b>36.0</b>	<b>41.3</b>
	8.3	33.8	42.1	5.4	36.0	41.3
	<b>6.6</b>	<b>0.6</b>	<b>7.1</b>	<b>6.4</b>	<b>0.5</b>	<b>6.9</b>
	6.6	–	6.6	6.4	–	6.4
	<b>5.9</b>	<b>10.0</b>	<b>15.9</b>	<b>11.5</b>	<b>14.9</b>	<b>26.5</b>
	<b>45.0</b>	–	<b>45.0</b>	<b>43.9</b>	–	<b>43.9</b>
	<b>1 794.1</b>	<b>599.2</b>	<b>2 393.2</b>	<b>1 897.5</b>	<b>606.4</b>	<b>2 503.9</b>
			<b>0.41%</b>			<b>0.45%</b>

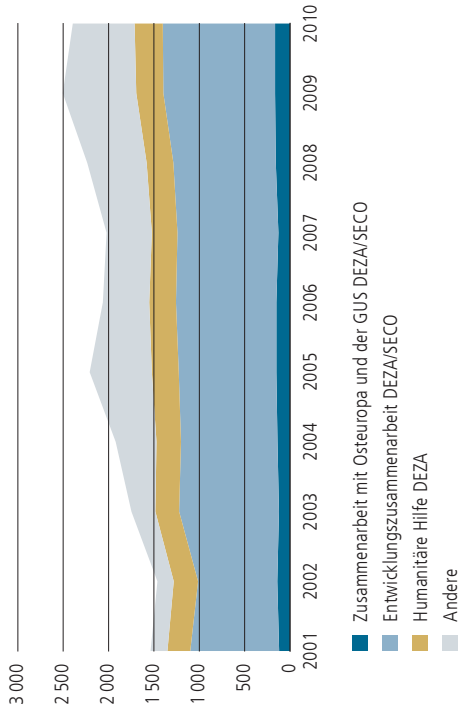
Im Jahr 2010 machten die Kosten für Asylsuchende aus Entwicklungsländern im ersten Aufenthaltsjahr 16% der APD aus. Der Anteil der DEZA und des SECO (ohne Entschuldung) an der APD liegt wieder auf gleichem Niveau wie 2008 (72%), nachdem er 2009 auf 68% gesunken war.

Die Anteile der bilateralen APD (75%) und der multilateralen APD (25%) sind in den letzten Jahren stabil geblieben.

## Öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz

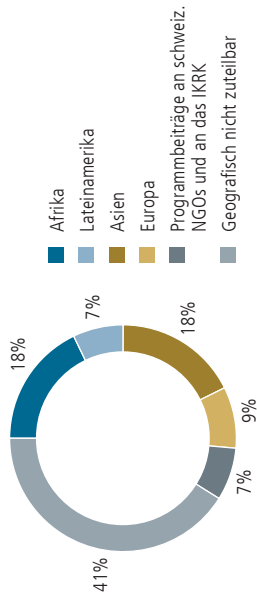
Grafik 2

### APD der Schweiz nach Hilfskategorien 2001 – 2010 (Mio. Fr.)



Grafik 3

### Aufteilung der bilateralen APD nach Kontinenten 2010



Im Gesamtvolumen ist die Zusammenarbeit und die Humanitäre Hilfe der DEZA und des SECO mit Süd- und Ostpartnern zwischen 2001 und 2010 ständig gewachsen (durchschnittliches Wachstum von 2.7% pro Jahr).

Die ab 2003 eingeführten statistischen Anpassungen (Anrechnung der Entschuldigungsmaßnahmen und der Ausgaben für Asylsuchende) haben die Aufteilung nach Hilfskategorien nachhaltig verändert.

- Der Anteil der Entwicklungszusammenarbeit der DEZA und des SECO ist von 60% zu Beginn der 2000er-Jahre auf 52% im Jahr 2010 gesunken.
- Der Anteil der humanitären Hilfe an der APD ist im Jahr 2010 von 18% auf 13% gefallen.
- Der Anteil der Ostzusammenarbeit der DEZA und des SECO bleibt bei 7%.
- Die übrigen Beiträge aus anderen Bundesämtern, Kantonen und Gemeinden, einschliesslich der Entschuldung und der Ausgaben für Asylsuchende, machten im Jahr 2010 insgesamt 28% aus (13% im Jahr 2000).

Wie in der Vergangenheit ging die bilaterale APD der Schweiz vorwiegend an Länder mit geringem Einkommen und hat sich auf Afrika und Asien konzentriert (rund 36% der bilateralen APD in 2010). In die Entwicklungsländer in Lateinamerika und Europa flossen zusammen 16% der bilateralen APD.

Die nicht nach Kontinenten aufteilbaren Beiträge umfassen Programmbeiträge der DEZA an schweizerische NGOs und an das IKRK (7%), die Kosten für die Unterstützung von Asylsuchenden (21%) sowie Beiträge an Forschungs- und Ausbildungsinstitute, Mandate für thematische Beratungen sowie die Betriebskosten und Ausgaben für Logistik in der Schweiz (20%).

Öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz

Tabelle 3

**Geografische Aufteilung der bilateralen APD nach Kontinenten und Ländern 2009 – 2010 (Mio. Fr.)**

	2010	2009
<b>Afrika</b>	<b>320.1</b>	<b>511.6</b>
Mosambik	28.9	26.2
Burkina Faso	26.1	25.7
Zentralafrikanische Rep.	<sup>a</sup> 21.6	0.9
Niger	18.2	11.4
Sudan	17.9	17.0
Tansania	16.9	29.2
Mali	16.9	15.3
Ghana	14.2	13.0
Tschad	14.0	17.6
Burundi	12.2	10.4
Benin	11.8	14.6
Republik Kongo	<sup>a</sup> 11.0	<sup>a</sup> 5.8
Somalia	9.3	7.1
Südafrika	6.8	5.6
Simbabwe	6.5	7.5
Madagaskar	6.4	7.2
Ägypten	6.1	9.7
Ruanda	5.1	6.3
Kongo (D. R.)	5.1	11.4
Liberia	4.9	6.3
Äthiopien	4.3	5.9
Andere Länder	18.9	<sup>a</sup> 208.3
Nicht zuteilbare und regionale Projekte	36.8	49.2
<b>Lateinamerika</b>	<b>129.0</b>	<b>133.5</b>
Peru	20.4	24.1
Bolivien	19.5	21.5
Haiti	18.1	6.6
Nicaragua	12.4	11.0
Kolumbien	11.9	21.7
Honduras	5.6	4.2
Kuba	5.3	4.8
Andere Länder	6.4	20.0
Nicht zuteilbare und regionale Projekte	29.4	19.6

	2010	2009
<b>Asien</b>	<b>316.3</b>	<b>325.4</b>
Nepal	27.5	27.1
Vietnam	25.6	23.6
Pakistan	22.2	20.6
Gaza und Westbank	20.6	22.2
Bangladesch	19.8	25.1
Afghanistan	17.6	21.4
Kirgisistan	17.4	19.7
Laos	14.8	12.1
Tadschikistan	14.1	13.9
Mongolei	11.8	11.2
Sri Lanka	10.0	10.1
Nordkorea	8.6	6.4
Indien	8.4	13.2
China	8.0	4.2
Georgien	6.8	9.1
Libanon	6.6	4.0
Indonesien	5.5	6.0
Myanmar	5.4	6.3
Jemen	4.3	4.2
Andere Länder	24.3	36.0
Nicht zuteilbare und regionale Projekte	36.8	28.9
<b>Europa</b>	<b>156.9</b>	<b>147.8</b>
Kosovo	54.2	48.8
Bosnien und Herzegowina	19.1	21.2
Ukraine	15.6	9.3
Albanien	14.3	13.5
Serbien	11.9	12.1
Mazedonien	10.8	11.9
Republik Moldau	8.1	7.9
Andere Länder	1.0	3.3
Nicht zuteilbare und regionale Projekte	22.0	19.9
<b>Nicht einem Kontinent zuteilbar</b>	<b>871.8</b>	<b>779.1</b>
<b>Total</b>	<b>1794.1</b>	<b>1897.5</b>

<sup>a</sup> Inklusive der bilateralen Entschuldungsmassnahmen, welche im Rahmen der Vereinbarung des Pariser Klubs ausgehandelt wurden.

Siehe Details:

[www.deza.admin.ch/de/Home/Die\\_DEZA/Zahlen\\_und\\_Fakten/APD/Bilaterale\\_APD](http://www.deza.admin.ch/de/Home/Die_DEZA/Zahlen_und_Fakten/APD/Bilaterale_APD)

## Öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz

Tabelle 4

### Multilaterale APD der Schweiz nach Organisationen 2009 – 2010 (Mio. Fr.)

<b>Organisationen der Vereinten Nationen</b>	
Entwicklungsprogramm der UNO (UNDP)	
Kinderhilfsfonds der UNO (UNICEF)	
Bevölkerungsfonds der UNO (UNFPA)	
UNO-Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)	
UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR)	
Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD)	
Spezialprogramme der Weltgesundheitsorganisation (WHO) <sup>a</sup>	
HIV/Aids-Programm der UNO (UNAIDS)	
Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP)	
Welternährungsprogramm (WFP)	
UNO-Büro für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (UNOCHA)	
UNO-Organisationen, Beiträge teilweise als APD anrechenbar <sup>b</sup>	
Andere Organisationen der UNO	
<b>Internationale Finanzierungsinstitutionen</b>	
Internationale Entwicklungsagentur (IDA) <sup>c</sup>	
Afrikanischer Entwicklungsfonds (AIDF) <sup>c</sup>	
Asiatischer Entwicklungsfonds (ASDF)	
Andere Fonds und Finanzierungsinstitutionen	
<b>Andere Institutionen</b>	
Globaler Umweltfonds (GEF)	
Konsultativgruppe für internationale landwirtschaftliche Forschung (CGIAR)	
Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte Genf (DCAF)	
Internationales Zentrum für humanitäre Minenräumung Genf (GICHD)	
Globaler Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria	
Internationale Organisation La Francophonie (OIF)	
Andere Institutionen	
<b>Total multilaterale APD</b>	

a Ohne den allgemeinen Beitrag an die WHO, nur teilweise anrechenbar (siehe Fussnote b).

b Angereicherte Prozentsätze gemäss DAC-Direktiven.

c Inklusive multilateraler Entscheidungsinstitutionen (MDRI).

Siehe Details:

[www.deza.admin.ch/de/Home/Die\\_DEZAZahlen\\_und\\_Fakten/APD/Multilaterale\\_APD](http://www.deza.admin.ch/de/Home/Die_DEZAZahlen_und_Fakten/APD/Multilaterale_APD)

	2010	2009
	<b>169.6</b>	<b>170.4</b>
	54.0	54.0
	20.0	20.0
	14.0	14.0
	11.9	14.0
	11.7	12.5
	7.1	7.1
	5.5	5.5
	5.0	5.0
	4.0	4.1
	2.0	2.3
	2.0	1.8
	25.4	23.2
	7.1	6.8
	<b>353.8</b>	<b>357.8</b>
	282.4	280.6
	58.1	58.0
	13.3	13.3
	–	5.8
	<b>75.8</b>	<b>78.3</b>
	29.5	29.5
	13.5	13.4
	8.0	8.0
	7.6	7.6
	7.0	7.0
	5.2	5.4
	5.1	7.3
	<b>599.2</b>	<b>606.4</b>

Die multilaterale APD umfasst die allgemeinen Beiträge der DEZA und die Beiträge von anderen Bundesämtern an internationale Entwicklungsinstitutionen.

Die Beiträge an internationale Nichtregierungsorganisationen (einschliesslich IKRK) zählen zur bilateralen APD.

Im Jahr 2010 hat sich die multilaterale APD wie im Vorjahr auf die internationalen Finanzierungsinstitutionen (IFI) konzentriert (59%), 28% der multilateralen APD flossen an die Organisationen der Vereinten Nationen und 13% an andere internationale Institutionen.

Gemäss den internationalen Richtlinien werden bei den IFI die hinterlegten Schuldverschreibungen und nicht die effektiven Auszahlungen als APD erfasst. Dies erklärt sowohl die jährlichen Schwankungen als auch die Differenzen zur Staatsrechnung.



**Ausgaben  
DEZA/SECO**

Seite 17–31



## Ausgaben DEZA/SECO

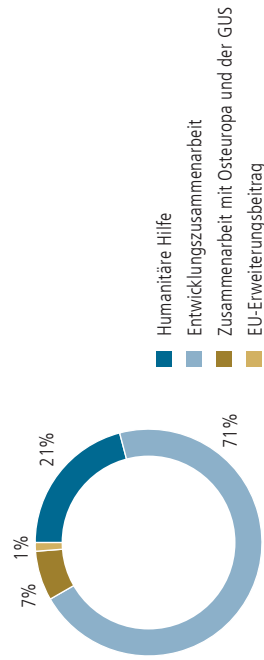
Tabelle 5

### Überblick Ausgaben DEZA und SECO 2006 – 2010 (Mio. Fr.)

	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Gesamtausgaben DEZA</b>	<b>1329.8</b>	<b>1343.1</b>	<b>1397.5</b>	<b>1452.9</b>	<b>1507.0</b>
Humanitäre Hilfe	301.5	287.1	302.9	303.7	314.9
Entwicklungszusammenarbeit	919.7	959.3	989.9	1038.5	1066.9
Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS	108.6	96.5	102.6	102.8	106.7
EU-Erweiterungsbeitrag	–	0.2	2.1	7.9	18.5
<b>Gesamtausgaben SECO</b>	<b>233.1</b>	<b>202.6</b>	<b>214.7</b>	<b>273.4</b>	<b>238.4</b>
<b>Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung</b>					
Entwicklungszusammenarbeit	153.7	149.9	153.1	159.8	161.2
Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS	79.4	52.4	59.2	57.8	59.6
EU-Erweiterungsbeitrag	–	0.3	2.4	55.8	17.6

Grafik 4.1

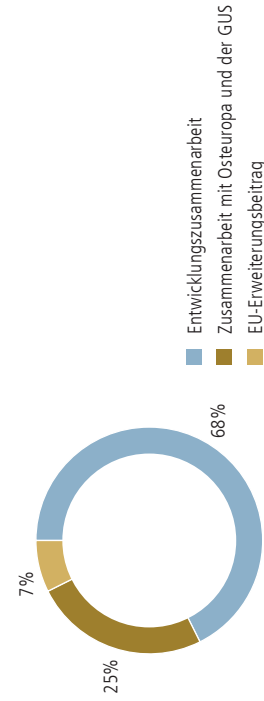
### DEZA Ausgaben 2010: 1 507 Mio. Fr.



Die obestehende Tabelle und die Grafik stellen die Zahlen für die DEZA gemäss Staatsrechnung dar.

Grafik 4.2

### SECO Ausgaben 2010: 238.4 Mio. Fr.



Die obestehende Tabelle und die Grafik stellen die Zahlen für das SECO gemäss Staatsrechnung dar.

DEZA – Entwicklungszusammenarbeit

Tabelle 6

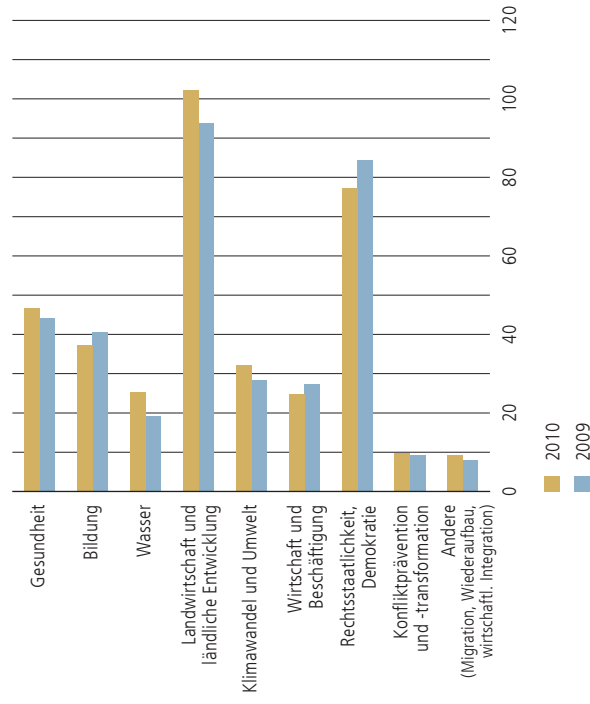
**DEZA Entwicklungszusammenarbeit nach Schwerpunktländern und -regionen 2009 – 2010 (Mio. Fr.)**

	2010	2009
Schwerpunktländer und -regionen	241.7	237.2
Vietnam/Mekong	26.2	27.3
Nepal	25.7	22.9
Nicaragua/Zentralamerika	25.0	19.2
Mosambik	19.9	14.4
Bangladesch	18.2	21.5
Bolivien	17.8	17.5
Mali	14.7	11.2
Tansania	14.6	18.8
Burkina Faso	13.8	11.9
Niger	13.2	9.4
Benin	11.5	10.6
Pakistan	11.2	13.2
Peru	10.4	12.0
Tschad	10.2	12.6
Indien	7.6	10.3
Bhutan	1.5	4.3
<b>Sonderprogramme</b>	<b>78.7</b>	<b>70.0</b>
Südafrika/Südliches Afrika	18.9	11.0
Afghanistan	14.4	17.1
Ruanda/Grosse Seen	12.9	13.1
Gaza und Westbank	12.0	10.8
Mongolei	11.7	11.1
Kuba	5.2	3.6
Nordkorea	3.7	3.3
<b>Andere Aktivitäten</b>	<b>269.9</b>	<b>274.5</b>
Andere Länder und Regionen	45.6	53.6
Programmbeträge an NGOs	64.8	64.6
Thematische Mandate und Betriebskosten	159.6	156.2
<b>Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit</b>	<b>590.3</b>	<b>581.6</b>
<b>Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit</b>	<b>476.6</b>	<b>456.8</b>
<b>Total</b>	<b>1066.9</b>	<b>1038.5</b>

Siehe detaillierte Informationen pro Land: [www.deza.admin.ch/de/Home/Laender](http://www.deza.admin.ch/de/Home/Laender)

Grafik 5

**Bilaterale Ausgaben der DEZA Entwicklungszusammenarbeit nach Themen 2009 – 2010 (Mio. Fr.)**



Siehe detaillierte Informationen: [www.deza.admin.ch/de/Home/Themen](http://www.deza.admin.ch/de/Home/Themen)

Diese Grafik veranschaulicht die Zuweisung der Ressourcen zu den 11 Themenbereichen, auf welche die DEZA ihre bilateralen Entwicklungsaktivitäten im Jahr 2010 konzentriert hat.

Tabelle 7

**SECO Entwicklungszusammenarbeit nach Schwerpunktländern und -programmen 2009 – 2010 (Mio. Fr.)**

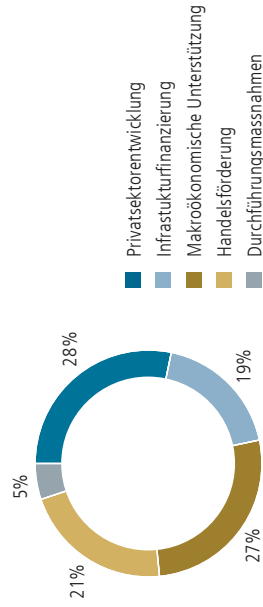
	2010	2009
<b>Schwerpunktländer und -programme</b>	<b>56.8</b>	<b>56.8</b>
Vietnam	18.2	11.8
Ghana	13.8	12.4
Peru	8.4	7.0
Indonesien	5.6	5.2
Ägypten	5.5	8.3
Südafrika	2.7	1.9
Kolumbien	2.6	10.2
<b>Verschiedenes</b>	<b>104.4</b>	<b>103.0</b>
Global-/ Regionalprogramme und andere Länder <sup>a</sup>	53.7	54.7
Verschiedene Beiträge	44.4	42.9
Betriebskosten geografisch nicht zuteilbar	6.3	5.5
<b>Total</b>	<b>161.2</b>	<b>159.8</b>

<sup>a</sup> Bedeutende Programme werden in zwei ehemaligen Schwerpunktländern abgeschlossen: Burkina Faso und Mosambik.

Siehe detaillierte Information pro Land: [www.seco-cooperation.admin.ch/laender](http://www.seco-cooperation.admin.ch/laender)

Grafik 6

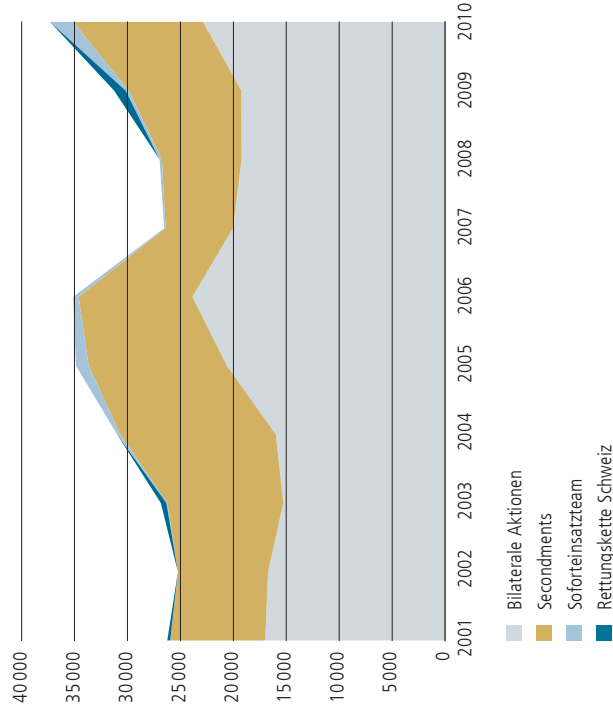
**SECO Entwicklungszusammenarbeit nach Instrumenten 2010**



Siehe detaillierte Informationen: [www.seco-cooperation.admin.ch/themen](http://www.seco-cooperation.admin.ch/themen)

Grafik 7

**Humanitäre Hilfe/Schweizerisches Korps für humanitäre Hilfe (SKH): Einsatzstage im Ausland 2001 – 2010**



DEZA – Humanitäre Hilfe

Tabelle 8

**DEZA Humanitäre Hilfe nach Ländern und Einsatzregionen  
2009 – 2010 (Mio. Fr.)**

	2010	2009
<b>Afrika</b>	<b>72.5</b>	<b>69.9</b>
Sudan	12.3	12.4
Somalia	8.2	6.0
Simbabwe	6.4	6.7
Niger	4.5	0.5
Äthiopien	4.0	3.6
Burundi	3.9	4.0
Burkina Faso	3.7	0.7
Tschad	3.6	3.6
Kongo (D. R.)	3.5	5.5
Kenia	3.4	6.3
Liberia	3.4	4.6
Marokko	2.5	1.1
Mali	1.6	0.5
Elfenbeinküste	1.2	1.5
Guinea	1.1	2.1
Algerien	1.0	1.1
Andere Länder	6.4	8.6
Nicht zuteilbare und regionale Projekte	1.8	1.2
<b>Lateinamerika</b>	<b>28.1</b>	<b>17.3</b>
Haiti	14.8	3.5
Kolumbien	7.0	6.3
Peru	1.6	2.4
Chile	1.5	0.9
Bolivien	1.4	0.6
Nicaragua	1.1	0.6
Andere Länder	0.2	1.7
Nicht zuteilbare und regionale Projekte	0.7	1.2
<b>Asien</b>	<b>70.5</b>	<b>68.0</b>
Pakistan	11.0	6.8
Sri Lanka	7.8	7.3
Gaza und Westbank	6.8	8.5
Libanon	5.4	2.3
Myanmar	5.3	5.3
Nordkorea	5.0	3.1
Jemen	4.3	4.1
Irak	3.6	4.2
Jordanien	3.6	1.9
Georgien	3.2	5.8
Afghanistan	3.1	2.6
Syrien	2.0	2.9
Thailand	1.8	1.5
Kirgisistan	1.7	0.7
Bangladesch	1.6	1.2
Andere Länder	3.1	8.3
Nicht zuteilbare und regionale Projekte	1.2	1.4
<b>Europa</b>	<b>5.8</b>	<b>7.4</b>
<b>Andere Aktivitäten, nicht einem Kontinent zuteilbar</b>	<b>138.0</b>	<b>141.1</b>
Allgemeiner Beitrag an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)	70.0	70.7
Beiträge an internationale Organisationen	27.5	28.3
Programmbeiträge an NGOs	6.0	5.0
Verschiedene Beiträge und Administrativkosten	29.5	32.1
Strukturpersonal	5.0	5.0
<b>Total</b>	<b>314.9</b>	<b>303.7</b>

## DEZA – Humanitäre Hilfe

Tabelle 9

### Partner der humanitären Hilfe der DEZA 2010 (Mio. Fr.)

<b>UN-Organisationen</b>
Welternährungsprogramm (WFP)
UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR)
UNO-Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)
UNO-Büro für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (UNOCHA)
Kinderhilfsfonds der UNO (UNICEF)
Anderer UN-Organisationen
<b>Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)</b>
<b>Bilaterale Einsätze und Administrativkosten</b>
Schweizer NGOs
Internationale Organisationen und ausländische NGOs
Direkte Aktionen des Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe (SKH) und der Rettungskette
Betriebs-, Personal- und Materialkosten
<b>Total humanitäre Hilfe 2010</b>
Total humanitäre Hilfe 2009

a 20 Mio. Fr. für schweizerische Milchprodukte und 14 Mio. Fr. für Getreide.

Allgemeine Barbeiträge	Ausserordentliche Barbeiträge	Nahrungsmittelhilfe	Total
<b>27.0</b>	<b>51.9</b>	<b>25.4</b>	<b>104.2</b>
2.0	15.4	25.4	42.8
11.7	13.5	–	25.2
10.6	5.3	–	15.9
2.0	8.3	–	10.3
–	3.2	–	3.2
0.7	6.2	–	6.9
<b>70.0</b>	<b>40.0</b>	<b>–</b>	<b>110.0</b>
<b>0.5</b>	<b>91.6</b>	<b>8.6</b>	<b>100.7</b>
–	18.4	6.8	25.2
0.5	10.9	0.9	12.3
–	28.5	0.8	29.3
–	33.7	0.2	33.9
<b>97.5</b>	<b>183.5</b>	<b>a 34.0</b>	<b>314.9</b>
99.0	170.4	34.3	303.7

Siehe Details:  
[www.deza.admin.ch/de/Home/Aktivitaeten/Humanitaere\\_Hilfe/Partner](http://www.deza.admin.ch/de/Home/Aktivitaeten/Humanitaere_Hilfe/Partner)

DEZA/SECO – Ostzusammenarbeit

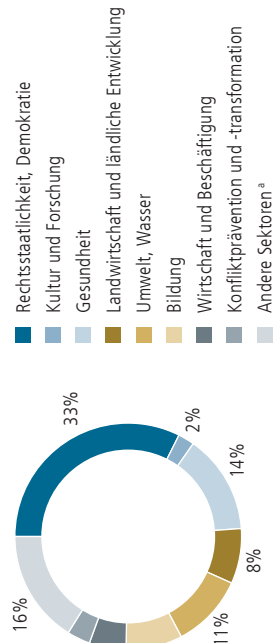
Tabelle 10

**DEZA Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS nach Schwerpunktländern und -regionen 2009 – 2010 (Mio. Fr.)**

	2010	2009
<b>Schwerpunktländer und -regionen</b>	<b>73.5</b>	<b>74.4</b>
Zentralasien	22.9	20.8
Kosovo	10.7	10.9
Bosnien und Herzegowina	10.1	10.3
Südkaucasus	8.8	8.8
Albanien	8.0	8.4
Serbien	7.6	8.3
Ukraine	5.5	6.8
<b>Spezialprogramme der DEZA</b>	<b>14.0</b>	<b>13.7</b>
Republik Moldau	7.7	6.9
Mazedonien	6.3	6.9
<b>Andere Aktivitäten</b>	<b>19.2</b>	<b>14.7</b>
Andere Länder und Regionen	9.6	4.5
Programmbeiträge an NGOs	3.4	3.4
Betriebskosten	6.2	6.9
<b>Total</b>	<b>106.7</b>	<b>102.8</b>

Grafik 8

**DEZA Zusammenarbeit mit dem Osten und der GUS nach Sektoren 2010**



a Beinhaltet Migration, Wiederaufbau, multisektorielle Kosten und Betriebskosten.

Tabelle 11

**SECO Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS nach Schwerpunktländern und -regionen 2009 – 2010 (Mio. Fr.)**

	2010	2009
<b>Schwerpunktländer und -programme</b>	<b>42.5</b>	<b>35.5</b>
Ukraine	9.6	1.9
Kirgisistan	7.8	11.2
Albanien	5.8	4.5
Tadschikistan	5.1	4.7
Mazedonien	4.3	4.6
Kosovo	3.4	1.0
Serbien	2.7	1.8
Bosnien und Herzegowina	2.7	2.1
Aserbaidschan	1.1	3.6
<b>Verschiedenes</b>	<b>17.0</b>	<b>22.3</b>
Regionalprogramme und andere Länder	11.7	17.0
Betriebskosten geografisch nicht zuteilbar	5.4	5.3
<b>Total</b>	<b>59.6</b>	<b>57.8</b>

Siehe detaillierte Information pro Land:  
[www.seco-cooperation.admin.ch/laender](http://www.seco-cooperation.admin.ch/laender)

Grafik 9

**SECO Zusammenarbeit mit dem Osten und der GUS nach Instrumenten 2010**

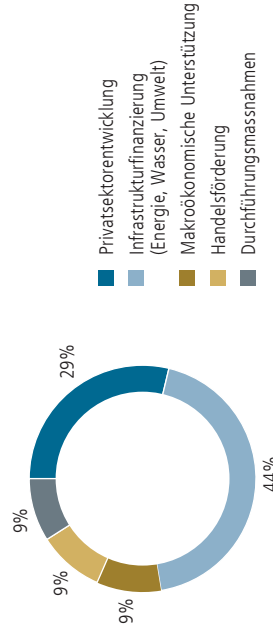


Table 12  
**Partner der DEZA für bilaterale Aktivitäten 2010 (Mio. Fr.)**

Schweizer NGOs	
davon:	
Intercooperation	
Helvetas	
Swisscontact	
Caritas Schweiz	
Schweizerisches Rotes Kreuz	
Terre des Hommes, Lausanne	
Swissaid	
Brot für alle (BFA)	
Schweizerisches Arbeiterhilfswerk (SAH)	
Hilfswerk der Evangelischen Kirchen der Schweiz (HEKS)	
Fastenopfer	
Fédération genevoise de coopération (FGC)	
InterTeam	
Stiftung Kinderdorf Pestalozzi (SKP)	
Ärzte ohne Grenzen (MSF)	
SolidarMed	
Schweizerische Universitäts- und Forschungsinstitutionen	
Privater Sektor der Schweiz	
Öffentlicher Sektor der Schweiz	
UNO-Organisationen, multilaterale Aktionen	
Internationale Finanzierungsinstitutionen, multilaterale Aktionen	
Anderer internationale Organisationen	
davon: Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)	
Organisationen des Südens und des Ostens	
<b>Total der Partner</b>	
Direkte Aktionen, Betriebskosten	
<b>Total 2010</b>	
Total 2009	

a Beiträge an NGOs für Entwicklungs- und Nothilfeprogramme in Süd- und Ostländern.

b Exkl. EU-Erweiterungsbeitrag der DEZA (18.5 Mio. Fr. im Jahr 2010).

NGO Progr.- Beiträge <sup>a</sup>	Beiträge und spezifische Mandate			Total <sup>b</sup>
	Humanitäre Hilfe	Entwicklungs- zusammen- arbeit	Ost- zusammen- arbeit	
74.2	19.2	85.2	21.2	199.7
–	1.0	26.7	6.8	34.5
10.7	–	20.6	3.1	34.4
4.5	–	8.0	2.1	14.6
5.5	5.1	0.3	0.1	11.0
3.8	3.2	–	1.6	8.6
6.1	0.2	0.8	0.3	7.4
5.6	0.1	–	–	5.8
5.4	–	–	–	5.4
3.0	0.4	1.9	–	5.3
4.4	0.2	–	0.2	4.8
3.6	–	–	–	3.6
3.5	–	–	–	3.5
2.5	–	–	–	2.5
2.5	–	–	–	2.5
1.8	0.7	–	–	2.5
1.0	0.4	0.9	–	2.3
–	0.4	33.1	6.9	40.4
–	2.9	19.6	3.2	25.8
–	0.4	8.8	0.7	9.8
–	77.3	30.9	5.5	113.8
–	0.7	18.5	3.1	22.3
–	117.7	58.4	16.7	192.7
–	110.0	–	–	110.0
–	3.4	139.3	28.7	171.3
<b>74.2</b>	<b>221.9</b>	<b>393.7</b>	<b>86.1</b>	<b>775.9</b>
–	59.5	131.8	17.2	208.6
<b>74.2</b>	<b>281.5</b>	<b>525.5</b>	<b>103.3</b>	<b>984.5</b>
73.0	270.4	517.0	99.4	959.8

Siehe detaillierte Tabelle:

[www.deza.admin.ch/de/Home/Die\\_DEZA/Zahlen\\_und\\_Fakten/Ausgaben\\_und\\_Einnahmen\\_der\\_DEZA/Partner](http://www.deza.admin.ch/de/Home/Die_DEZA/Zahlen_und_Fakten/Ausgaben_und_Einnahmen_der_DEZA/Partner)



Impressum

Herausgeber:  
Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA)  
**Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)**  
Freiburgstrasse 130  
3003 Bern  
Telefon +41 31 322 44 12  
[www.deza.admin.ch](http://www.deza.admin.ch)  
[info@deza.admin.ch](mailto:info@deza.admin.ch)

Eidg. Volkswirtschaftsdepartement (EVD)  
**Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO)**  
Holzkofenweg 36  
3003 Bern  
Telefon +41 31 324 09 10  
[www.seco-cooperation.admin.ch](http://www.seco-cooperation.admin.ch)  
[info@seco-cooperation.ch](mailto:info@seco-cooperation.ch)

Redaktion/Koordination/Statistik:  
Direktionsstab DEZA  
Kommunikation SECO

Grafik/Konzept:  
Bruno Caderas, Zürich  
[www.caderas.ch](http://www.caderas.ch)

Fotos:  
Umschlag «The End of Plenty» John Stanmeyer/VII  
Seite 16 Keystone

Druckerei:  
Werner Druck AG  
4001 Basel

Die Statistiken zum Jahresbericht sind in Deutsch,  
Französisch und Englisch erhältlich.  
Weitere Exemplare können bestellt werden bei  
[info@deza.admin.ch](mailto:info@deza.admin.ch) oder über  
Telefon +41 31 322 44 12

Bern 2011